

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1,25 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abbestellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. ausschließlich Postgebühren. Einzelnnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die Doppelte Weltzeitung 20 Pf., für auswärts 25 Pf., die 2-gespaltene Weltzeitung 1 Pf., Werbemarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: **Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften**, Paradiesgasse Nr. 32, Danzig, Sonnabend den 23. Februar 1918, Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 8

Danzig, Sonnabend den 23. Februar 1918

9. Jahrgang

Reichstag und Frieden

Staatssekretär v. Kühlmann verlas Mittwoch im Reichstag aus einem **Funktpruch der Petersburger Regierung** an die deutsche Regierung folgendes:

Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Verbundes in Brest-Litowsk gestellt wurden. Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben werde.

Nach einer Mitteilung Dr. Davids hat die Petersburger Regierung im selben Funktpruch gegen den deutschen Vormarsch, der ohne Kündigung des Waffenstillstandes angetreten worden sei, protestiert.

Durch die Reden des Staatssekretärs v. Kühlmann und des Genossen Dr. David ist Mittwoch mittag dem Reichstag und der ganzen Welt bekannt geworden, was gestern früh hier nur andeutungsweise bekannt war. Die russische Regierung hat nach Berlin einen Funktpruch gelangen lassen, indem sie sich zum Abschluß eines Friedensvertrages auf Grund der Bedingungen von Brest-Litowsk bereit erklärt.

Um von dem Verhalten der Petersburger ein klares Bild zu gewinnen, muß man die beiden Bruchstücke des Funktpruchs, die von Kühlmann und David mitgeteilt wurden, zusammenhalten. In diesem Funktpruch protestiert zunächst — Mitteilung Davids — der Rat der Volkskommissare gegen den Vormarsch der deutschen Truppen, da der Waffenstillstand von keiner Seite sieben Tage zuvor gekündigt worden sei. Die darüber geschaffene Lage wird als unerwartet bezeichnet. Im Anschluß daran heißt es dann: — Mitteilung Kühlmanns — der Rat der Volkskommissare sehe sich genötigt, zu erklären, daß er den Frieden auf Grund der Bedingungen, die von den Abordnungen des Verbundes in Brest vorgeschlagen wurden, zu unterzeichnen bereit sei und auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich antworten werde.

Es wäre jedenfalls besser gewesen, Herr v. Kühlmann hätte das politisch so wichtige Schriftstück dem Reichstage vollständig mitgeteilt, als daß er es dem sozialdemokratischen Redner überlassen hätte, die nötigen Ergänzungen hinzuzufügen. So stehen also die Dinge: die russische Regierung ist bereit, die Bedingungen von Brest-Litowsk anzunehmen, sie legt aber selbst Gewicht auf die Feststellung der Tatsache, daß diese Bereitschaft nur die Folge des überraschenden deutschen Vormarsches ist.

Durch diese Feststellung sucht sie zweierlei zu erreichen. Erstens will sie nach außen hin deklarieren, daß der Frieden, den sie zu schließen bereit ist, nach ihrer Auffassung kein Verständigungsfrieden ist. Und zweitens will sie sich nach innen Deckung schaffen, indem sie erklärt, nur einem übermächtigen Drucke weichend, einen Frieden zu unterzeichnen, den sie als imperialistisch bezeichnet hat.

Auf alle Fälle ist die volle russische Friedensbereitschaft nun da, und es fragt sich nur noch, welchen Gebrauch die Regierungen des Verbundes von ihr zu machen gedenken. Darüber hat Herr v. Kühlmann gestern keine erschöpfende Auskunft gegeben.

Die deutsche Regierung kann von Rußland nun alles haben, was sie auf der Konferenz von Brest-Litowsk von ihm gefordert hat. Diese Forderungen sind in der vorletzten Sitzung vom 9. Februar folgendermaßen formuliert worden:

Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten: Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und einer Linie, die ... verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Kaiserreich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber erwachsen. Das künftige Schicksal dieser Gebiete wird in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, die Deutschland oder Oesterreich-Ungarn mit ihnen treffen werden.

Der Verlauf dieser Schnittlinie ist in der Konferenz näher bezeichnet worden. Es ist anzunehmen, daß sie Litauen, Kurland, einen Teil Estlands und Polens von Rußland abschneidet, aber nicht die Ukraine, von der damals Graf Czernin noch sagte, ihr Verhältnis zur Petersburger Regierung gehe den Verbund nichts an.

Aus der letzten Sitzung, der vom 10. Februar, wurde dann berichtet:

Während von russischer Seite in diesen Sitzungen versucht wurde, die strategische Nachstelle nachzuweisen, denen Rußland durch die vorgeschlagene Neuverteilung seiner Westgrenze ausgesetzt wäre, wurde diese Auffassung von deutscher Seite unter mehrfacher

Betonung, daß es sich nicht um eine russisch-deutsche Grenze, sondern um eine Grenze Rußlands mit den neuen Randstaaten handle, eingehend widerlegt. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Im Laufe des Sitzungs erklärte Herr von Kühlmann: Wenn sein Gedächtnis ihn nicht trüge, bezeichne der Waffenstillstandsvertrag den Abschluß des Friedens als den eigentlichen Zweck seines Daseins. Würde also mangels Abschluß eines Friedens der eigentliche Daseinszweck des Waffenstillstandsvertrages verschwinden, so würden nach Ablauf der vorgesehenen Frist die Kriegshandlungen wieder ausbrechen. Die Tatsache, daß die eine von den beiden Parteien ihre Armeen demobilisieren, würde hieran weder tatsächlich noch rechtlich irgend etwas ändern.

Zum Schluß erklärte Trojki, seine Delegation habe jetzt alle Vollmachten erschöpft, die sie erhalten habe. Sie halte es für notwendig, nach Petersburg zurückzukehren. Alle Mitteilungen, welche die verbündeten Delegationen machen würden, werde sie im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und daraus die Antwort erteilen.

Auf die Frage des Staatssekretärs von Kühlmann, auf welchem Wege dieser Gedankenaustausch erfolgen solle, antwortete Trojki, die russische Delegation habe von Brest-Litowsk aus eine direkte Drahtverbindung mit Petersburg gehabt. Vor der Einleitung des Waffenstillstands habe man sich durch Funktprüche verständigt, und außerdem befänden sich jetzt in Petersburg Vertretungen der vier verbündeten Mächte, die mit ihren Regierungen verkehren könnten. Auf diesem Wege könne man eine Verbindung herstellen.

So ist nun wieder durch einen Funktpruch die Verbindung hergestellt worden. Die bolschewistische Regierung zieht die Folgerungen aus der von ihr selbst festgestellten Tatsache, daß ihr zum Kampf gegen einen äußeren Feind die erforderlichen Machtmittel fehlen. Sie kapituliert!

In diesem Augenblick erheben sich aber wieder heiser krächzende Stimmen, die rufen: „Frieden? Davon kann keine Rede sein! Litauen, Kurland, Polen? Nicht genug, nicht genug! Wir marschieren jetzt, marschieren wir weiter!“

Offen tritt die Meinung hervor, Deutschland dürfe sich mit den Bedingungen von Brest-Litowsk nicht mehr zufrieden geben. Es müsse weitergehen und mindestens noch die Räumung von Estland, Livland, Finnland und der Ukraine verlangen. Andere wieder meinen, der Kampf gegen den Bolschewismus sei die Hauptsache, mit der bolschewistischen Regierung dürfe man überhaupt keinen Frieden schließen.

Eine Atempause im großen Totenkampfe des Ostens. Auch in England und Frankreich regen sich jetzt Stimmen der Besinnung. Aber die nationalistischen Geigen rasen toller und toller, als ob der Krieg die Welt überleben wolle und nicht die Welt den Krieg!

Im Anschluß hieran geben wir aus der Reichstags-Sitzung vom 20. Februar folgende Reden wieder:

Lesung des Friedens-Vertrages mit der Ukraine

Staatssekretär von Kühlmann:

Die ukrainische Volksrepublik ist ein junges Staatswesen, eines jener Gebilde, die auf dem Boden des ehemaligen russischen Kaiserreiches entstanden, nachdem der moskauer Bau des Zarenreiches, das mit die Hauptschuld an der Entfesselung des Weltkrieges trägt, unter dem Stoß der deutschen Armeen zusammengebrochen war. Wenn auch das Großrussentum seinen Schwerpunkt in Moskau und Petersburg hat, war der ukrainische Volksstamm eines der stärksten Elemente, aus denen sich das russische Reich zusammengesetzt hat. Die Ukraine ist bezüglich der Bodenschätze, Kohlen und Eisen, sehr reich und besitzt auch Ansätze einer eigenen Industrie. Die großrussischen Vertreter der Ukraine pflegten die ukrainischen freundschaftlichen Beziehungen, solange Trojki annehmen konnte, die Volksrepublik Ukraine werde sich in erster Linie nach den Interessen des Petersburger Kabinetts richten. Als jedoch die Ukraine erfasste, daß das Petersburger Kabinett keine aufrichtige Friedenspolitik verfolgte, stellten die Vertreter der Ukraine sich auf den Standpunkt, den Krieg durch den Frieden zu beenden. Sie wollten in keiner Weise für die Sünden des Zarenismus verantwortlich sein. Die Verhandlungen waren nicht ganz leicht, wie meist bei derartigen jungen Völkern die nationalen Ideen und Wünsche nicht frei von Ueberschwang sind. Die Vertreter der Ukraine stellten territoriale Forderungen, welche schwer zu erfüllen waren. Die Abgrenzung mit Rußland selbst mußte für einen späteren Zeitraum nach der Auseinandersetzung mit der dann am Ruder befindlichen russischen Regierung anbeimgelassen werden. Für uns kam in Betracht, die Grenze des neuen Staatswesens nach Westen zu bestimmen. Dabei hat besonders die Abgrenzung nach Polen

die meiste Beachtung gefunden und bei den Polen die heftigste Kritik erfahren. Es wäre irrtümlich, anzunehmen, daß die mit der Beratung und dem Abschluß des Vertrages betrauten Staatsmänner sich der einschneidenden Wichtigkeit der betreffenden Bestimmungen nicht bewußt gewesen wären. So schwerwiegend die betreffenden Interessen für uns sind, sie sind für die mit uns befreundete Donaumonarchie noch ganz erheblich schwerwiegender. Bei uns sind es in erster Linie Interessen außenpolitischer Natur, bei ihnen sind es vitale Interessen außenpolitischer Natur und folgenschwere Interessen

innerpolitischer Natur, die durch diese Frage berührt werden. Daß der Abschluß so erfolgt ist, wie er erfolgt ist, entsprang der Erwägung, welche auch Ministerpräsident von Seidler gestern im Wiener Reichsrat geltend machte, daß nach Lage der Verhandlungen die Befürchtung gerechtfertigt war, ein weiteres Zurückschrauben der Ansprüche an der Cholmer Grenze würde ein Scheitern des Vertrages zur Folge gehabt haben. Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes hätte ein solches Vorgehen nicht verstanden, ein Vorgehen unter Opferung des so erwünschten Friedens aufs schärfste, und ich glaube mit Recht, gemißbilligt. Daß wir die polnischen Interessen auch damals schon im hohen Grade ins Auge gefaßt haben, ergibt sich aus der Fassung der Bestimmungen, worin die Grenzlinien nur in einigen Punkten allgemein festgelegt wurden, die nähere Festlegung aber einer kommissarischen Prüfung vorbehalten ist.

Erneute Verhandlungen, welche die österreichisch-ungarische Regierung mit der Ukraine geführt hat, zeigten das Ergebnis, daß der Paragraph über die definitive Festlegung der Grenzlinien in erheblicher Ausdehnung Weise interpretiert werden kann.

Dabei werden die ethnographische Lage und die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße Berücksichtigung finden können. Da bei der in Aussicht genommenen Kommission außer den Verbündeten auch polnische Delegierte vertreten sind, haben wir im Rahmen des Möglichen alles getan, um eine gerechte Abgrenzung zu erreichen. Die ukrainische Delegation wird wahrscheinlich auch im Laufe der Ereignisse aus der persönlichen Berührung in Wien und Berlin die Ueberzeugung bekommen haben, daß die Pflege eines aufrichtigen und herzlichen Verhältnisses zu den Mittelmächten auch mit einigen territorialen Opfern an dieser heiß umfrittenen Grenze nicht zu teuer erkaufte sein würde. Die Möglichkeit liegt nahe, daß eine Diskussion über den ukrainischen Friedensvertrag sich zu einer allgemeinen Diskussion der Polenpolitik erweitert. Ich möchte das nicht als erwünscht bezeichnen. Gelegenheiten zu solcher Diskussion werden sich noch bieten. Es empfiehlt sich nicht, eine Debatte über das Maß dessen hinauszuertreten, was mit der Erledigung des Friedensvertrages unmittelbar zusammenhängt.

Nach glaubwürdigen Mitteilungen ist anzunehmen, daß wesentliche Vorräte an Getreide und Futtermitteln in der Ukraine vorhanden sind.

Deshalb ist sowohl für uns und noch erhöht für Oesterreich-Ungarn die Herstellung eines geordneten Handelsverkehrs mit der Ukraine und der Austausch der dort vorhandenen Ueberflüsse an Getreide, Futtermitteln und Rohstoffen gegen bei uns und Oesterreich vorhandene Industrieerzeugnisse ein ganz vitales Interesse. Das wird im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung dazu führen, daß eine Erleichterung, insbesondere des Bahnverkehrs Gegenstand gemeinsamer Studien und Maßnahmen sein wird.

Die Wiederherstellung der Rechtsbeziehungen

Ist in dem Vertrage in dem Umfang vollkommen gewährleistet, daß wir mit diesem wichtigen Teil des ehemaligen russischen Kaiserreiches in voller Rechtssicherheit sowohl diplomatisch wie handelspolitisch verkehren können. Auch die handelspolitischen Abmachungen bieten die Gewähr, daß ein gesunder Handel wieder aufleben kann, sobald die Schwierigkeiten, die jetzt noch in den politischen Verhältnissen gegeben sind, beseitigt sind. Was die Frage anbelangt, ob der Abschluß des ukrainischen Vertrages den Abschluß des Friedens mit der bolschewistischen Regierung in Petersburg beeinträchtigen könne, so habe ich den Eindruck gewonnen, daß das nicht der Fall ist. Wenn es überhaupt ein Mittel gab, Trojki zur Unterzeichnung eines befriedigenden Friedensinstrumentes zu veranlassen, so war es gerade der ukrainische Friede und ich halte den Abschluß dieses Friedens auch heute noch für ein wichtiges Mittel, um auch mit der Petersburger Regierung zu einem für beide Teile erträglichen Abschluß zu gelangen. Die Ereignisse, welche sich an den Abbruch der Verhandlungen geknüpft haben, sind dem Hause genügend bekannt. Ich kann mich bei einem historischen Rückblick sehr kurz fassen, denn mittlerweile sind neue Vorgänge eingetreten, die auf die Beziehungen mit dem bolschewistischen Kabinett von immerhin erheblichem Einfluß sein werden. Nach dem erneuten Vorgehen der deutschen Heere richtete gestern das Volkskommissariat einen

Funktpruch an die deutsche Regierung.

Staatssekretär von Kühlmann verliest den von uns eingangs des Artikles zitierten Funktpruch und fährt fort:

Dieser Funktpruch stellt nach den Erfahrungen, die wir mit Funktprüchen gemacht haben — der amtliche Charakter derartiger Funktprüche wurde manchmal geäußert — für uns absolut kein verbindliches Dokument dar.

Wir haben daraufhin der Petersburger Regierung mitgeteilt, daß Funktpruch sei von uns empfangen worden; wir hätten um eine schriftliche Bestätigung des Inhalts an unsere Linien.

Darauf hat die Petersburger Regierung geantwortet, daß die Regierung der Volkskommissare eine schriftliche Bestätigung umgehend schicken werde.

Nach den Erfahrungen unserer Verhandlungen mit Trojki und seinem Kabinett möchte ich nicht, daß irgendwo in der breiten Öffentlichkeit der Eindruck entstände, als sei nunmehr alles glatt und klar, als hätten wir den Frieden schon in der Tasche. (Sehr wahr!) Ich bemerke das hauptsächlich deshalb, weil ich der aufrichtigen christlichen Friedensliebe des deutschen Volkes, welche von der Regierung in vollstem Maße geteilt wird, Enttäuschungen ersparen möchte. Die Ereignisse werden sich da jetzt verhältnismäßig rasch abrollen. Wir sind mit unseren Bundesgenossen über diese neue vorliegende Tatsache in einem Jedankenaustausch eingetreten. Bei der weitgehenden Durcharbeitung der Materie, wie sie in Brest-Litowsk vorgenommen worden ist, wird das gleichfalls in aller kürzester Zeit erledigt werden können. Eine wesentliche Verschärfung der Verhandlungsbasis dürfte, soweit bis jetzt zu übersehen ist, nicht eintreten. Wenn ich die durch diese Mitteilung geschaffene Lage präzisieren kann, wie ich sie nach ge wissenhafter Erwägung ansehe, so möchte ich sagen,

Die Ausschüsse auf dem Abbruch des Friedens mit den
Diktatorien sind durch den Abbruch des Friedens
mit den Diktatorien, durch den von uns jetzt ausgehenden
militärischen Druck und durch den Späteren gewaltigen
Druckungen, die man sich vielleicht in Petersburg
macht (Zusammenhang), erheblich besser geworden. Es
kann die Hoffnung ausgesprochen werden, daß wir sehr
zum Ziele kommen.

(Beifall.) Aber der Friede über das große Ergebnis des wirklichen
Abbruchs eines Friedens mit Rußland werden wir erst hingehen,
wenn die Linie darunter trocken ist. (Beifällige Zustimmung.) Der
Friede, den ich brauchen im Lande habe, war, daß die Diktatorien
den Abbruch des Ukrainefriedens mit Unterstützung und Freude
aufgenommen und als ersten Schritt begrüßt hat zu einer besseren
Zukunft zur Wiedereinführung des allgemeinen Friedens, den wir
alle erhoffen und den wir bei ruhiger, klarer und fester Entschlossenheit
und Führung der ausländischen Politik in absehbarer Zeit zu er-
reichen hoffen. (Beifälliger Beifall.)

Das Absterben der Sozialdemokratie

Abg. David (Sozialdemokrat):

Der Wunsch, den uns Herr von Kühnmann mitgeteilt hat,
stellt uns vor eine ganz neue Situation. Es ist eine hocherfreuliche
Sache, die da aus Petersburg gekommen ist, eine Sache, die die
zusammengedrunnenen Hoffnungen auf Frieden mit Groß-Rußland
wieder aufleben läßt. Zwar hat der Staatssekretär seine Mitteilung
mit einem gewissen Skeptizismus begleitet, aber auch er meint doch,
die Friedensaussichten wären dadurch erheblich besser geworden.
Nicht ohne Grund es ist, daß wir zu lernen, daß diese Hoffnungen
nicht von neuem zusammenbrechen. (Sehr wahr! bei den Soz.)
Wir hatten auch nicht für richtig, daß man die Schuld an dem Scheitern
der Verhandlungen in Brest-Litowsk nur auf der russischen Seite
legen will. (Sehr wahr! bei den Soz. — Hörl hört und lautes
Lachen rechts.) Es ist gut, wenn wir der Wahrheit ins Gesicht sehen
und dafür sorgen, daß bei weiteren Verhandlungen nicht wieder die-
selben Fehler begangen werden. Das Ziel, das es zu erreichen gilt,
ist so hoch und wertvoll, daß wenn es nicht erreicht wird, wir nicht
in dem Gefühl dastehen dürfen, als hätten wir nicht unsere volle
Schuldigkeit getan. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Verfahren,
mit dem man in Brest-Litowsk das Selbstbestimmungsrecht durch-
führen wollte, haben wir nicht in allen Punkten für richtig gehalten.
Wir hoffen, daß in Zukunft nicht wieder dieselben Schwierigkeiten
entstehen werden. In der alldeutschen, konservativen Presse
hat man die Schuld am Scheitern der Verhandlungen darin gefunden,
daß Trotski und die russische Delegation erstlich gar keinen Frieden
sondern die Sache nur verschleppen wollten. (Sehr wahr! rechts.)
Wie unrichtig das ist, beweist der Wunschspruch. (Lautes Gelächter
rechts.) Ich werde den Beweis dafür antreten. Sie sind der Mei-
nung, daß das militärische Vorgehen der alleinige und durchschlagende
Grund ist, die Bolschewiki zum Frieden zu drängen, glauben also,
daß sie vorher nicht den Frieden wollten. (Sehr richtig! rechts. —
Zuruf: Die Revolution wollten sie!) Das ist unrichtig. (Lachen
rechts.) Ich muß dem entgegenstellen, um zu verhindern, daß man
nicht von neuem sich in diese ganz falsche Auffassung verirrt und
daher dem Frieden Schwierigkeiten bereitet, die nicht notwendig
wären. Was ist die Politik der Bolschewiki gewesen? (Zuruf
rechts: Ward und Loschlag!) Wir kennen sie schon vor dem Kriege,
und es ist richtig, daß ihre Theorie auf die Herbeiführung einer inter-
nationalen Revolution ausging (Hörl hört rechts.), als Weg, den
Krieg zu beenden und um auch noch ganz andere Dinge zu er-
reichen. Es ist aber auch bekannt, daß die Bolschewiki in der gan-
zen sozialistischen Internationale damit in einer kleinen oder großen
Minderheit geblieben sind, und daß sie uns deutsche Sozialdemokraten
ganz besonders hart angegriffen haben, weil wir nicht bereit waren,
auf diese Politik einzugehen, die wir für verfehlt und ausbleibend
hielten. Wir haben also gar keinen Grund, die Bolschewiki etwa
zu schimpfen zu nehmen. Es hat nicht unsere Leute, Sie haben uns im
Gegenteil stets aufs härteste und nichtigste angegriffen. Wir
hätten auch nicht ihr praktisches Vorgehen, ihre Methoden
der Verwaltung, den Terror, ihre Auseinandersetzung der Konsti-
tutionen. Wir haben also keinen Anlaß, eine Lanze für die Bolschewiki
einzulegen.

Aber es kommt darauf an, die Tatsachen richtig zu sehen,
dann nur darauf kann eine richtige Politik aufgebaut
werden.

Welches sind diese Tatsachen? Welches ist der praktische Weisens-
tern der Politik der Sozialisten in Petersburg? Darauf kommt es an.
Die Bolschewiki sind die einzige Partei in Rußland gewesen, die
das Programm des sofortigen Friedens, wenn nicht will, dann gegen
die Entente aufgestellt haben. Und die einzige Partei, die das prak-
tische Programm des Sonderfriedens mit den Mittelmächten auf-
stellen wollten. Das Charakteristische ihrer Stellung als Partei in Ruß-
land. Mit diesem Programm des sofortigen Friedens haben sie die
Mehrheit in Rußland hinter sich gebracht. Diese Mehrheit des geringen
Volkes in Rußland wollen den sofortigen Frieden. Mit dem Pro-
gramm der internationalen proletarischen Revolution hätten die
Bolschewiki in Rußland keinen Hund hinter dem Ofen hervorgerollt,
das war den Sowjets, die hinter ihnen stehen, festzuhalten. Der Verlauf
der Dinge hat das bewiesen. Die Gegner der Bolschewiki in Ruß-
land haben sie zunächst eingeladen: ihr wollt einen demokratischen
Frieden mit den Zentralmächten, das gibt es gar nicht. Aber als
dann die Bolschewiki ihr Friedensangebot hinausgehen ließen, kam
von Oesterreich und Deutschland die Antwort: Jawohl wir akzeptieren
dies Programm als vorläufige Grundlage des Friedens. Diese Nach-
richt wurde in Rußland auf der einen Seite mit größtem Staunen,
und auf der anderen Seite mit größtem Jubel aufgenommen. Mit
Stimmen auf der Seite der Gegner der Bolschewiki. Ein englischer
Korrespondent schrieb damals: Wir sind aufs höchste überrascht durch
dies Ereignis, das uns ein ungeheurer Erfolg der Bolschewiki
währen. Und als dann am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk die
weitergehenden Erklärungen vom Großen Gremium abgegeben wurden,
begeistert sich der Jubel in Petersburg noch mehr. Die Bolschewiki
haben das Proletariat Petersburgs zu einer großen Jubel- und
Freudensfeier auf den 30. Dezember ein. Wenn die Bolschewiki den
Frieden nicht wollten, warum jubelten sie dann, als der Frieden in
greifbare Nähe rückte? Demut erregt ihnen ja die proletarische
Revolution.

Als dann freilich die Erklärungen vom 27. Dezember
bekannt wurden, gab es eine ungeheure Enttäuschung
und Wut bei den Bolschewiki und großes Frohlocken
bei ihren Gegnern.

Wären Sie (nach rechts), recht mit Ihrer Zustimmung, daß die Bolsche-
wiken nicht den Frieden, sondern die Verschleppung der Verhand-
lungen und die proletarische Revolution gewollt hätten, so hätten die
Bolschewiki am 25. Dezember trauern und am 27. Dezember froh-
locken müssen.

Die Erklärungen vom 26. Dezember in Brest-Litowsk scheitern
an dem Punkt, daß die Bolschewiki die internationale Resolu-
tion haben wollen. Darum, daß die Bolschewiki dem Willen
des Großen als williger in Rußland stehen, haben sie am deutlichsten
gezeigt, daß sie Frieden wollten, aber natürlich nur einen demokrati-
schen. Denn nicht die für einseitige Sonderfriedens Rußlands gegen
die übrigen Mächte steht. Der 27. Dezember zerbrach ihre
Hoffnungen, die Gegner der Bolschewiki trauern nun, ein
demokratischer Friede mit Rußland sei eben nicht möglich. Die
Bolschewiki wollen eine unbedingte Friedenspolitik nicht
haben. Deshalb trat der internationale Revolutionskongress wieder
zu dem Vorbezug. Bei Kassel müssen wohl auch Verschleppungs-
methoden mitgewirkt haben. Aber man darf die Bolschewiki nicht
ganz im Keim töten. Erhöht hat bis jetzt den Frieden gewollt,
was seine letzte Erklärung wurde in Deutschland zunächst als Friede-
wünscher aufgefaßt. Schlußworte werden verhandelt. Glauben ge-
hört, haben herausgehört.

Dann aber erregt unter militärischem Einfluß der An-
kündigung der Militärs und die Abkündigung wollen die
Militärs aussetzen und letzten deshalb durch, daß der
Bolschewikihand für erledigt erklärt wurde.

Die russische Regierung überträgt die noch zu

weltlichen Verhandlungen zu haben glaubt. (Hörl hört bei den Soz.)
Ebenfalls überträgt war die österreichische Regierung. Wir nehmen
also weiter an, daß Rußland den Frieden will, und wenn er nicht zu-
stimmend kommt, werden wir fragen, wen die Verantwortung trifft.
(Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Militärs haben ja stets, wenn eine Friedens-
möglichkeit vorliegt, in ihrer Distanz kein man sein,
daß sie sich auf den Frieden drängen, wenn das Mögliche
werden möge.

(Zuruf rechts, Zuruf: Unethische Darstellung!) Eine Presse, die ja
arbeitet, ist geradezu unerschrocken. (Beifällige Zustimmung links.)
Jetzt sollen die militärischen Operationen eingestellt und der Frieden
verwirklicht werden, es ob mit einem Kriegszustand zu kämpfen.
Dabei wollen nur die Bolschewiki möglichst den Sonderfrieden.
Was rechts von ihnen ist, sind Entschlossenheit.

Bei den Kämpfen in Finnland, Estland und Livland
handelt es sich nicht um militärische Operationen, sondern
um soziale Revolutionen.

In der Ukraine steht hingegen die große Mehrheit des Volkes offen-
bar hinter den demokratischen Sozialisten. Aber auch dort würden wir
uns auf die Sicherung der Verkehrswege beschränken und jede Ein-
mischung in die inneren russischen Verhältnisse vermeiden. Der Angriff
des Abg. Gröber über das Cholmer Gebiet schließen wir uns voll-
kommen an. Wir wollen eine Politik, bei der die Völker ihr Schicksal
selbst bestimmen, nicht ein Militärprogramm der Gewalt.

Die Militärs wollen einen großen Balkan im Osten
schaffen, wir aber wünschen geregelte Verhältnisse im
Osten.

Alle Wünsche können natürlich dabei nicht restlos erfüllt werden.
(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der litauische Landesrat

aus auf Grund eines ganz demokratischen Wahrscheins erneuert und
durch Polen und Juden erweitert werden. Italien hat eine natür-
liche Interessengemeinschaft mit dem Westen, der ihm landwirtschaft-
liche Produkte abnehmen und Maschinen verkaufen kann. Diejenigen
Parteien, die die große Masse des litauischen Volkes darstellen, sind für
einen unabhängigen Staat, gegen Verdrückung, gegen Verdrückung,
Lebenslo können die Ostfragen nicht mit ostelbischen
Mitteln und Methoden gelöst werden.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Die neue Zeit und die neuen Verhältnisse
können nur durch demokratische Politik gemindert werden. Nur da-
durch können wir eine Position im Osten gewinnen, die dauernde
Bestätigung unserer und Sicherheit für den Westen, falls Eng-
land den Krieg fortsetzen will oder in selbstloser Haltung gegen uns
verharrt. Dies Kriegsziel ist das einzige, das im deutschen Interesse
liegt, und übertrag bei weitem alle Einzelfragen. (Beifälliger Beifall
bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (Zuruf): Wir begrüßen den Friedensschluß
mit der Ukraine lebhaft, namentlich im Hinblick auf Oesterreich-Ungarn
und die Türkei. Die Darbanellefrage ist damit erledigt. Wenn
Abg. Dr. David gesagt hat, gewisse Teile des deutschen Volkes hätten
Gott auf den Anien gebannt, daß der Friede nicht mit Rußland zu-
handeln kommen ist, so ist dies eine irrtümliche Unterstellung. (Zuruf:
Zuruf: Schamloser Geselle. Der Präsident rief diesen Ausdruck aus
und ruft den betreffenden Abgeordneten zur Ordnung.) Das neue Friede-
sangebot bringt uns in eine überaus günstige Lage. Die Bolsche-
wiken müssen anerkennen, daß die von uns besetzten Gebiete dauernd
von Rußland losgerissen sind. Soweit es sich aber um die militärische
Sicherung der Grenzen handelt, muß das Einverständnis Hinden-
burgs und Ludendorfs her sein. Sie müssen den deutschen Frieden
unterschreiben. (Beifall.)

Ukraine und Bolschewismus

Zurzeit befindet sich eine ukrainische Delegation in Berlin,
wesentlich bestehend aus denselben Persönlichkeiten, die in Brest-
Litowsk als Vertreter der Ukraine den ersten Friedensschluß
unterzeichnet haben. Mit einem Mitglied der Abordnung, Pro-
fessor Ostapenko, hatte ein Vertreter des „Vorwärts“ ein län-
geres Gespräch, dem auch ein Mitglied der deutschen Reichs-
tagsfraktion sowie verschiedene andere Vertreter der Ukraine,
darunter auch M. Wewytski, beizuhören.

Professor Ostapenko betonte eingangs seiner Darlegungen
ausdrücklich, daß auch die gegenwärtige Regierung und Rada
der Ukraine durchweg sozialistisch ist, was die deutsche Arbeiter-
schaft leider viel zu wenig wisse. Sie besteht aus Sozialrevo-
lutionären und Sozialisten, die beide auf dem Boden des
Marxismus stehen, und zwar überwiegend in der Zentral-
Rada die Sozialrevolutionäre, in der Regierung die Sozial-
demokraten. Das ist ein Beweis für den Stand der Einigkeit
in der Ukraine, wo sich die Bewegung nicht wie in Groß-Ruß-
land gesplittet und gespalten hat. Eine auf dem Boden der
Ukraine gemachte bolschewistische Bewegung gibt es nicht;
was in der Ukraine an Bolschewismus existiert, ist importiert
aus Petersburg und Moskau.

Die bolschewistische Regierung hat ganz systematisch von
der ukrainischen Front die ukrainischen Truppenteile entfernt
und nach Norden geschickt, so daß an der ukrainischen Front
nur noch Bolschewiken zurückblieben. Den Waffenstillstand hat
sie benutzt, um die bolschewistischen Truppen der Nordfront
gegen die Ukraine in Bewegung zu setzen, so daß sie diese völlig
besagert.

Wie stehen nun die ukrainischen Sozialisten zum Bolsche-
wismus? Die ukrainische Idee ist dem Bolschewismus im
Wesen feindlich. Die Ukrainer sind sich, ebenso wie die deut-
schen, englischen, französischen Sozialdemokraten, einig, daß in
Rußland nach dem Stand der ökonomischen Entwicklung nicht
der Sozialismus mit einem Schlag eingeführt werden kann.
Anderer denken die Bolschewisten. In Groß-Rußland sind sie
autokratische Selbstherrscher und wollen dasselbe in der Ukraine
erreichen. Die Ukraine hatte schon aus sich heraus ein geord-
netes Staatswesen geschaffen, sie hatte dies organisiert unter
dem Druck des bolschewistischen Chaos. Sicherlich eine beacht-
liche Leistung. Wäre der Bolschewismus eine ukrainische Be-
wegung, dann wäre er keine Gefahr, denn „auch der ukrai-
nische Bolschewist bleibt ukrainischer Patriot“. Nur Lenin und
Trotski sind ohne jedes Nationalgefühl. Ihnen ist die Ukraine
ein Gegenstand wie Tisch oder Bank. Wenn es für die allge-
meine soziale Revolution nötig wäre, daß Rußland ver-
schwände, dann wären sie auch dazu bereit. Kein deutscher,
französischer oder englischer Sozialist würde das für sein Land
wollen. Die sozialistischen Experimente, die sie mit dem Lande
machen, bedeuten eine Gefahr für die Ukraine, und deshalb sei
es gerade sozialistische Pflicht für die Ukrainer gewesen, nicht
nur den ideologischen, sondern den wirklichen Kampf gegen den
Bolschewismus zu führen.

In Brest-Litowsk mußten die Versuche, sich mit den Bol-
schewiki zu verständigen, abgebrochen werden. Denn den Bol-
schewiki war Brest-Litowsk auch nur ein Mittel zur Ent-
scheidung der europäischen Revolution. Das konnten die Ukrainer
nicht mitmachen, für solche Aufgaben haben die ukrainischen
Sozialisten weder Macht noch Organisation. Sie glaubten,
dem europäischen Sozialismus zu dienen, wenn sie sich als
früherer Brudervater organisierten. Zur Wahrung ihres so-
zialistischen Gewissens müssen sie betonen: der in Brest-Litowsk
von ihnen geschlossene Frieden ist ein durchaus demokratischer
Frieden. Er enthält weder Annexionen noch Kontributionen
und bringt einen aus freier Uebereinkunft geschlossenen Han-
delsvertrag. Es ist der Frieden, wie ihn das ukrainische Volk
und die deutsche Arbeiterchaft gebraucht hat. Wir sind nach
Recht gekommen mit dem Wunsch nach allgemeinem Frieden.
Aber sagen Sie jetzt, ob die Ukraine als eben existierender
Staat bei ihren Kräften einen entscheidenden Einfluß auf sein
Zustandekommen haben könnte? Aber hoffentlich wird auch
der Separatfrieden den allgemeinen Frieden fördern.

Auf die Frage, ob die ukrainischen Sozialisten nur einen
wirtschaftlich-politischen Kampf gegen den Bolschewismus
führen oder ob sie nicht auch für eine Loslösung von Rußland
eintreten, antwortete Professor Ostapenko: Die Rada hat selbst
als erste die Schaffung eines föderativen Staates angeregt.
Jetzt ist ein föderativer Staat unwahrscheinlich geworden, wir er-
streben nur noch ein Zollbündnis.

Frage: Gilt diese Haltung nur für die Regierungsdauer
der Bolschewiki? Antwort: Auch darüber hinaus. Denn nach
unserer Voraussetzung wird auf den Bolschewismus die Reaktion
in Gestalt der Monarchie folgen. Aber selbst nur einem repu-

blikanischen Rußland erstreben wir nur ein Zollbündnis. Denn
auch in ökonomischer Beziehung ist Rußland keine Einheit, son-
dern ein Koloss auf tönernen Füßen. Welche wirtschaftliche In-
teressengemeinschaft gibt es zwischen Kiew und Wladimirost
oder Archangelsk? Wenn in den früheren Rundgeburgen der
Rada dieser Standpunkt nicht hervorgetreten ist, so war das
nur ein Moment der Taktik, denn im Anfang der Revolution
war es gefährlich, selbst nur das Wort Autonomie auszu-
sprechen.

Frage: Sie haben den Bolschewismus als großrussischen
Import bezeichnet, gibt es nicht auch eine ukrainische bolsche-
wistische Partei? Antwort: Es gibt keinen einzigen Ukrainer,
der im Verstande Sinne bolschewistisch gesinnt ist. Das er-
kläre ich mit der größten Bestimmtheit. Gerade im Industrie-
bezirk habe ich (Professor Ostapenko) jahrelang gewirkt und
tenne die dortigen Verhältnisse genauestens. Die Arbeiterräte
von Charlow und im Don-Gebiet haben das Verlangen der
Rada nach nationaler Selbstständigkeit gebilligt und gutgeheißen.
Der Charlower Aufstand wurde erst entfacht von bolschewisti-
schen Regimentern, die in Charlow eindringen und dort
hausten, daß sich die christlichen Bolschewiken dessen schämten.

Unter Vertreter ging dann noch auf den Hüter an die
Mittelmächte ein und fragte die ukrainischen Vertreter, ob sie
gegen diesen Schritt nicht naheliegende Bedenken gehabt hätten.
Hierauf erklärten Ostapenko und Wewytski etwa folgendes:
Die Bolschewiken bekämpfen uns in der strupellosesten Weise.
Ihre Armeen bestehen nicht aus Sozialisten, sondern aus den
zweifelhaftelementen; aus Landstreichern; Arbeitsscheuen,
ja Zuchthäuslern. In Kiew hat man z. B. 1200 Zuchthäusler
besetzt und in die Rote Garde eingereiht. An der Spitze der
bolschewistischen Soldaten stehen die gemeinen Gendarmen der
Ochrana (der zaristische Geheimpolizei). Können wir Leute
als anständige Sozialisten ansehen, die mit Hilfe der zarischen
Gendarmen unser Land vergewaltigen, die besten Köpfe des
Sozialismus verhaften und Frauen und Greise morden, weil
sie nicht ihrer Ansicht sind? Gegenüber diesen Forderungen befin-
det sich die Ukraine im Stande der äußersten Notwehr.

Am Schluß der Unterredung bat die ukrainischen Ver-
treter, dem deutschen Proletariat die besten Grüße und Wür-
de der ukrainischen Sozialisten zu übermitteln, ein Auftrag, den
wir hiermit gern zur Ausführung bringen.

Seefrieg

Französische Klage über die Mißerfolge des
Vierbundes zur See

„Journal du Cher“ schreibt am 22. 12.: Zwei Ereignisse
von nicht geringer Bedeutung haben sich soeben in der Nordsee
abgespielt; sie zeugen von einer gewissen Kühnheit der deutschen
Marine und sind leider nicht gerächt worden, was die Deutschen
gewiß zu einer Wiederholung veranlassen wird. Will die
deutsche Marine sich auf diese Weise für ein ernteres Vorhaben
einüben? Dann hiesse es allerdings scharf aufpassen. In-
zwischen frohlocken die Admiralität und die gesamte deutsche
Presse über den voll-n Sieg dicht vor der englischen Küste und
bei den Shetlandsinseln, wo man doch mit gutem Recht an-
nehmen dürfte, es sei eine bessere Ueberwachung organisiert
gemessen. „Die feindlichen Kräfte zogen sich unbehelligt zurück“
— berichten die Engländer, die neuerdings keine Wahrheit
schauen. Dieses Zugeständnis zeigt gerade den ganzen Ernst
des traurigen Vorfalls. Wie ist es, bei den sehr beträchtlichen
Seestreitkräften, die dem Vierbunde zur Verfügung stehen, über-
haupt möglich gewesen, daß der Feind die neutralen Dampfer
und die Begleitschiffe hat versenken können, ohne daß die im-
posante Macht, die sich doch in dieser Gegend finden mußte,
auch nur auf dem Kampffeld erschienen wäre? Am selben
Tag konnte ein ganz ähnlicher feindlicher Angriff mit demselben
Erfolg an der Lynmedinger Ausgehrt werden. Und es ist
noch unverständlich, daß auch hierbei kein einziges englisches
Kriegsschiff den feindlichen Kreuzern den Weg versperrt hat,
denn man hätte volllauf Zeit gehabt, sie zu benachrichtigen. Die
Deutschen sind berechtigt, sich dieses Doppelerfolges zu freuen,
zumal der Abfall Rußlands eine ganze Anzahl Kriegsschiffe
freimacht, die bis jetzt in der Ostsee festgehalten wurden. Die
zunehmende Kriegstätigkeit gibt sich bereits auf ziemlich
drohende Art zu erkennen, wie es der erste Lord der britischen
Admiralität selbst zugibt. Sir Eric Geddes hat sich nicht ge-
scheut zu sagen: „Die U-Boote vernichten mehr Dampfer, als
wir bauen können“ — eine Tatsache, deren Bedeutung keinem
entgehen wird.

Konservative Kriegserklärung gegen Krone und Volk

Nationalliberale Volksverräter

Berlin, 20. Februar. (WZB.) In der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde der konservative-freikonservative Pluralantrag mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen...

Die konservative Kronegarde will es unter keinen Umständen dulden, daß die Krone durch eine große Wahlrechtsreform Volksfreundlichkeit bekundet.

Im Wahlrechtsausschuß des borussischen Dreiklassenhauses halten die Konservativen Dauerreden gegen das Wahlrecht der selbstgekauften Volkshelden von empörender Rücksichtslosigkeit.

Ueber des westpreussischen Junkers Elard v. Oldenburg-Januschau Rede berichtet selbst das offizielle Bundesorgan, die „Deutsche Tageszeitung“ wie folgt:

Was nach außen gesehen ist, das überwindet die Arme mit ihrem Heldennut, was aber nach innen gesehen ist, wie wir da herauskommen werden, das ist Gott dem Herrn bewußt.

Also, die Generalversammlung des Bundes der Landwirte lachte und freute sich bei dem Gedanken, daß es auch in Deutschland einmal zum Bürgerkrieg kommen könnte.

Trotzdem begrüßt das Königsberger nationalliberale Organ der „Vaterlandspartei“ gestern Abend jene agrarische Rebellentagung mit den wärmsten Sympathien!

Am Dienstag warfen die Konservativen der Krone im Wahlrechtsausschuß bereits das gleiche Wahlrecht per se vor die Füße. Mit nationalliberaler Hilfe — von den 35 Stimmen des Ausschusses sind nur 16 konservativ-freikonservativ — wurde ein konservativ-freikonservativer Antrag angenommen...

Genosse Hirsch hatte diese hinterhältige Entrechtung selbstverständlich vollkommen abgelehnt. Nachdem die Konservativen mit Hilfe ihrer nationalliberalen Vasallen für diese Aufhebung der Wahlrechtsgleichheit die Mehrheit erhalten...

gleichheit aus der Vorlage der Krone. Mit jynischer Brutalität schrieben sie der Krone die Pflicht zum Wortbruch vor!

Die Verantwortung für diesen Volksverrat fällt mit voller Wucht auf die nationalliberalen. Nur 2 von ihnen stimmten für die Regierungsvorlage, aber 4 dagegen.

Das ist die Antwort der nationalliberalen Abgeordneten auf jene unlängst erlassene Rundgebung nationalliberaler Führer, in der es beschwörend wörtlich heißt:

„Wir halten es für eine geschichtliche Notwendigkeit, die von unserem Könige zugedachte und vorgeschlagene Gleichheit des Wahlrechts anzunehmen.“

Es wäre törichte Selbsttäuschung, zu glauben, daß die Konservativen im Plenum eine andere Haltung einnehmen könnten. Höchstens würden sie auch dort nur eine Zeitlang in ihrem Interesse schachern.

Soll im Parlament kein Volksbetrug geschaffen werden, so bleiben der Regierung nur zwei Wege: Entweder Aufhebung der ungeschichtlichen Grundlage des Dreiklassenhauses durch königliche Verordnung oder Einführung des freien und gleichen preussischen Wahlrechtes durch Beschluß des Reichstages!

Die Regierung wird sich bald entscheiden müssen, wenn sie nicht durch ihre eigene Begründung der Wahlrechtsvorlage der Krone und durch das Volk an ihre Pflicht erinnert werden soll.

Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts im Landtagsausschuß bespricht die „Woff. Ztg.“ unter der Ueberschrift „Pyrrhusieg der Wahlrechtsgegner“.

Die Regierung lehnt das hinterhältige Pluralwahlrecht ab

Berlin, 21. Februar. Im Wahlrechtsausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, es sei die Frage aufgetaucht, wie seine Antwort auf die Anfrage eines nationalliberalen Abgeordneten betr. die Stellung der Staatsregierung zu den Pluralstimmen, die sich nicht auf Besitz oder Einkommen gründen, zu interpretieren sei.

Es werde dadurch das Gefühl der Ungleichheit von neuem erweckt. Schon daher müsse die Regierung dringend davon abraten, sich auf diesen Boden zu stellen.

Eine Zusatzstimme für die selbständige Erwerbstätigkeit hatte die Regierung für eine verdeckte Besitzstimme, da für die Selbstständigkeit ein fundierter Besitz vorhanden sein müsse.

Der Vorschlag stehe daher in Widerspruch zu der Regierungsvorlage. Gegen die Bildungsstimme bestanden zwei Anstände, sie enthalte ein gewisses pekuniäres Element, denn im allgemeinen hinge es von dem Einkommen der Eltern ab, ob sie den

Kindern eine höhere Bildung angeeignet lassen könnten. Es sei aber auch eine Ungerechtigkeit, diejenigen zu benachteiligen, die von Hause aus nicht in der Lage gewesen wären, sich eine höhere Schulbildung anzueignen...

Diese „Bildungsstimme“ sei daher richtiger als „Vorbildungsstimme“ zu bezeichnen. Ihre Annahme würde auf weite Kreise der Bevölkerung ausbreitend wirken.

Aus allen diesen Gründen vermag die königliche Staatsregierung in den angebotenen Vorschlägen eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erblicken.

Sie würden die Zwecke, die die Antragsteller im Auge haben, nicht fördern, sondern teils unerwünschte Ungleichheiten in die Vorlage hineintragen, teils das Wahlrecht viel stärker demokratisieren, als der vorliegende Gesetzentwurf.

Dadurch würde in weiten Kreisen unseres Volkes die Auffassung entstehen, daß die Grundlage des Gesetzentwurfes, das gleiche Wahlrecht, verlassen und auf das Pluralwahlrecht zurückgegriffen werden soll.

„Im Goldhaußen verhungert“

Die in den neutralen Ländern so gefürchtete Arbeitslosigkeit hat jetzt in Dänemark solchen Umfang angenommen, daß zu ernststen Besorgnissen Veranlassung gegeben ist. In den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieses Landes werden bereits über 46 000 Arbeitslose gezählt.

Die Ursachen dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit sind bekannt. Einerseits die Rohstoff-Rationierung oder gänzliche Verweigerung der Rohstoffe durch die Entente und andererseits der deutsche U-Boot-Krieg bilden die Hauptfaktoren.

Mit Frauen und Kindern dürfte nicht allzu hoch gerechnet, die Zahl der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen auf 175 000 zu schätzen sein. Von den einzelnen Industrien sind am meisten die Textil- und die Bauindustrie betroffen worden.

Die Stimmung unter den dänischen Arbeitern ist deswegen zur Zeit sehr gedrückt. Diese Mißstimmung ver-

Freiheit Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen, Sie wird von außen nicht erstrebt, Wenn nicht zuerst sie selbst tief innen Im eignen Busen dich befest.

Don Juan Von Albert von Trentini. Das junge Paar ging Hand in Hand nach dem Hotel zurück. Die Sonne stand völlig klar, nicht heiß, nur golden in ihrem Rücken; das Meer, wie es ihnen zur Seite und vor ihnen die linke Hälfte ihrer Welt ausmachte...

lieblichsten Mund erschien das entzückende Lächeln jener Unschuld, das allein von der Wunschlosigkeit des Glücks geboren wird, daß einem ein einziger Mensch und gerade nur dieser der Inbegriff des Lebens werden kann!

„Und es fehlt Dir gar nichts?“ Sie lachte mit so erleuchteten Augen, daß das Meer fröhlich mitlachte. „Gar nichts!“ „Und hast nicht die geringste Furcht vor der Zukunft?“

die Eingabe bist! Ich war nie Don Juan, doch, ohne zu wollen, weil keine ganz Alles war, was meine Natur unerbtlich verlangte — ging ich von der einen zur anderen und hatte bei Keiner — bei Keiner! — die köstliche Sicherheit: nun kann die Königin von Saba kommen, das Wunder von Weib, die Idee des Weiblichen, eine Göttin — ich ferne nur die! „Jetzt aber“ — wie strahlte das Auge, erblühte das Wort! — „bei Dir, — und nicht erst seit der Hochzeit! — jetzt hab' ich's! Nicht, daß ich glaube, Du seiest der Kanon der Schönheit, Wahrhaftigkeit, Güte, Großmut und der fesselnden Anmut! Aber für mein Auge bist — ach, endlich! — die Schönheit nur Du! Für mein Herz alles Wohlwende, Doffnende, Heilende, Treuliche, Du! Meinem Geist, seinem Wea, seinem Ziel der Gefährte nur Du! Meinem Welt feste Achse — eiferrort aussehend, fort-lebend: „So, siehst Du, war es vorher: immer, kaum daß die eine erlitten, war auch die andre schon da!“

„Wie verzieh ich's!“ Mit der vollen Glaubenstrast blühendster Liebe: „Für einen Mann, ohne Zweifel, ist's ja viel schwerer, zur Ausschließlichkeit hinauge...“

Juchten die Syndikaten zu ihrem Zweck auszuführen. In den vergangenen Monaten hat die Gewerkschaftsopposition eine lebhaftige Agitation unter den Arbeitlosen eingeleitet, um die Öffentlichkeit über die Massen zu bekommen. Auf ihrem Bundeskongress beschloß sie eine Resolution, in der u. a. gefordert wurde, daß der Staat jedem Arbeitlosen folgendes sichern sollte:

Strenge wöchentliche Mindestlohn von 30 Kronen; die nötige Nahrung; die erforderlichen Wohnräume; Ausübung der Jahressperrfrist für auf Abschreibung gekaufte Gegenstände, die der Besondere wieder keine Arbeit aufgenommen hat; Garantie der notwendigen Lebensmittel und Regalierung der Warenpreise im Verhältnis zu den Produktionskosten.

Diese Resolution haben sich die Arbeitlosen in nicht weniger als 30 Städten und Industriezentren zu eigen gemacht. Man hat überall versucht, die Arbeitlosen in bestehenden Arbeitlosen-Organisationen zu vereinigen, die jetzt nach dem Vorbild der Hauptstadt dabei sind, eine Landeszentrale zu gründen. Bei der weiter wachsenden Arbeitslosigkeit dürfte bald diese Arbeitlosenorganisation die größte gewerkschaftliche Organisation Dänemarks sein.

Auch durch Demonstrationen im Freien, darunter ein paarmal vor dem Reichstagsgebäude, sowie durch Demonstrationen überall im Lande haben die Arbeitlosen ihre Verflämung zum Ausdruck kommen lassen. Partei und Gewerkschaften haben sich überall ins Zeug gelegt, um das harte Los der Arbeitlosen zu mildern. Im Folkething sowie in den Gemeindevertretungen haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Anträge eingebracht, die darauf ausgingen, Notstandsarbeiten auszuführen zu lassen, ferner durch Unterstützung verschiedener Art den Arbeitlosen durch die schwere Zeit zu helfen. Das Folkething hat bereits den Anträgen der Sozialdemokraten zum großen Teile zugestimmt und durch einen in diesen Tagen gefassten Beschluß die tägliche Unterstützung eines arbeitslosen Familienvaters auf 2,75 Kronen erhöht. Die Stadt Kopenhagen plant, für 31 Millionen Kronen Reichslandsarbeiten — Weg- und Straßenbauten, Kanalisierungen und so weiter — in Gang zu setzen. Ähnliche Maßnahmen werden vom Staate sowie den andern Städten getroffen.

Durch dieses Eingreifen der Partei und der Gewerkschaften sowie durch die Maßnahmen der Behörden konnte in die Reihen der Arbeitlosen eine gewisse Beruhigung getragen werden, so daß die Bestrebungen der Syndikatsisten, die gegenwärtige schwierige Lage der dänischen Arbeiterklasse für ihre Zwecke auszunutzen und einen Generalstreik zu organisieren, für diesmal als gescheitert angesehen werden können.

Danziger Nachrichten

Nachträge zur „Vaterlandspartei“-Parade.

Ein leidender Danziger Freund sendet uns aus dem Westen diese Zuschrift:

Der 20. Januar also war der große Ueberraidungstag, welcher etwas länger als sonst üblich ist, im Gedächtnis behalten werden soll. Galt es diesmal doch, fast auf der ganzen inneren Front, all da, wo man gegnerische Truppen in großer Anzahl vermutete, welche unbedingt die Waffen nicht strecken wollten, gegen dieselben zum allgemeinen Angriff überzugehen. In allen Punkten war der strategische Plan trotz der herrschenden Papierknappheit schon lange zuvor ausgearbeitet, einige militärische Führer dazu verpflichtet, in einzelnen Städten sogar die Schuljugend zum frühlichen Gefang eingeladen, die einzelnen Heerführer hatten ihre geistigen Waffen nochmals einer gründlichen Prüfung unterzogen und so konnte am 20. Januar der Vormarsch beginnen. Diesmal sollte aber sicher auch der letzte Gegner besiegt oder wenigstens überzeugt werden, daß es nur die Vaterlandspartei allein ist, welche das deutsche Volk infolge der persönlichen Friedensstimmung mit Rußland vor dem sicheren Untergang — wenigstens nach ihrer Ansicht — retten kann. Wenn jemals in der allgemeinen Sprache ein Wort von der großen Allgemeinheit nicht verstanden werden kann, dazu noch in dieser tiefsten Zeit, dann ist es das Wort: Vaterlandspartei. Kurz und gut! Der Aufmarsch nahm zur festgelegten Zeit seinen Anfang; plan- und programmatisch entwickelte sich überall die enge Fühlungnahme mit dem Gegner und zur allgemeinen Ueberraidung heizte man nach kurzer Zeit auf einige Stellen schon den Kampf eingestellt. Manche sagen

num, es war eine unvorhergesehene gegnerische Ueberraidung, wieder andere meinen, daß die Führung getroffen hat und noch andere behaupten sogar, daß es endlich an der Zeit war, diesem gefährlichen Treiben ein Ende zu machen. Mag dem nun sein, wie ihm wolle, siegreich blieben auf diesen Plätzen die Gegner, welche trotzdem aber das deutsche Vaterland ebenso weiter leben wollen, wie bisher, jedoch in ehrlieber Absicht und nicht ein Stein soll davon in diesem allgemeinen Völkerringen abgerückt werden. Dies war also der Vorgang in einigen Oststädten. — Eine Ausnahme hat hierin die Ortsgruppe Danzig gemacht. Was war der Zweck der Uebung? Darüber berichtet Geh. Regierungsrat Professor Dr. Mattiae! die Berichterstattung in der Sporthalle und frisch kochen allerlei schöne Worte an die Zuhörer von seinen Lippen gegen den Scheidemannschen „Vergiftfrieden“. Die bewegte, aufregende Zeit hat es mit sich gebracht, daß auch Leute anderer Meinung anwesend waren und diesen ist ja selbstverständlich alle Vaterlandsliebe abgesprachen worden. Dies ist weiter nicht aufregend, denn das war ja in Friedenszeiten auch stets der Fall. Dr. Mattiae! sollte es auch wissen, daß ohnehin diese von ihm verurteilten Volksklassen Deutschland in diesem Ringen schon längst getrimmert am Boden liegen würde. Wessen Vaterlandsliebe hierbei in ehrlieber Hingabe also größer ist, darüber wird man sich noch später unterhalten können. Der Redestrom des Herrn Professors flüchtete also ruhig über die Anwesenden hinweg und durch reichen Beifall glaubte man, das Vaterland sei gerettet. So kam es auch nicht zu solch widerlichen Szenen, wie in Berlin, wo spätere Kriegskameraden, zum Teil Stoppel, von den Heintriegern arg verprügelt wurden, um auf diese Art wenigstens ihren heimatlichen Mut, welcher keine Gefahren mit sich bringt, zu beweisen. Ausgehend vom Beginn des Krieges 1914 schilderte Redner die zusammengezogene Wetterwolke — an der doch aber das schaffende Volk ganz unbeteiligt gewesen ist, oder etwa doch Herr Professor — wo sich alles über uns hermachte und manches deutsche Herz fast nutzlos gemorden sein mag. Ganz recht, aber warum geschah denn in den 42 Jahren des Friedens nicht das, was man erst beim Ausbruch des Krieges gewahrt wurde?

Als vor mehreren Jahren ein Teil der englischen Flotte eine Rundfahrt machte und bei dieser Gelegenheit auch die Danziger Bucht anließ, die Besatzung sich in den Straßen Danzigs bewegte, waren es die Bewohner der alten Hansestadt selbst, welche vor Reugier fast ganz aus dem Häuschen waren und noch kein Kriegsschiff gesehen hatten, trotzdem die Danziger Wertten jeden Tag welche beherbergen. Was aber bei dem Festmahl, welches die Stadt Danzig den englischen Offizieren im Artushof gab, gesagt wurde, übersteigt so manches, was jetzt bither bereit wird. Dies wissen auch all diejenigen sogenannten Volksbeglückter, welche es sich jetzt zur Aufgabe gemacht haben, durch ihr unheilbringendes Gebahren in Anmersionen den vollen guten, aus der Volksseele gesprochenen, verständnisvollen Ansichten sich hindernd in den Weg zu stellen. Die Kluft zwischen einem Verständigungsfrieden oder großen Anmersionen ist zu groß, daß sie niemals in diesem Völkerringen überbrückt werden kann. Was hilft alles Neben, wenn diesem Treiben nicht bald ein Halt geboten wird. Was hilft es, wenn der Reichstag vom Vertreter der Regierung, Grafen Hertling, hat zu hören bekommen, daß die Wünsche der Vaterlandspartei gleich Null sind und nur das Allgemeinwohl, Deutschlands Zukunft im Auge behalten wird. Was hilft es auch, wenn zu gleicher Zeit ebenfalls für Oesterreich-Ungarn Graf Czernin feierlich erklärt: „Die Basis, auf der Oesterreich-Ungarn mit den verschiedenen neu entstandenen russischen Reichen verhandelt, ist die ohne Kompensationen und Anmersionen“ oder: „Oesterreich-Ungarn verlangt keinen Quadratmeter Land und keinen Kreuzer von Rußland.“ Wenn dann noch Männer, wie der Abg. Trimbom (Zentr.) und Fischbeck (Fr. Vpi.) erklären, daß es tief bedauerlich ist, wenn die anmersionistische Presse unseren Unterhändlern in den Rücken fällt oder das deutsche Volk will mit dem Treiben der Alldeutschen gegen die Friedensvertreter nichts gemein haben und daher sämtliche Treiberzettel als schändlich bezeichnen, dann ist es wahrlich hohe Zeit, auch diesem Hinweis Rechnung zu tragen.

Kortkoverammlung.

Das Danziger Gewerkschafts-Kartell tagte am Freitag den 15. Februar bei Schönherr. Nach einer kurzen einseitigen Rede des Genossen Jöpel und daran anschließenden Dis-

ussion wurden die beiden vakanten Mandate in der Reorganisationskommission dem Metallarbeiterverband zugeordnet, die Besetzung gegen eine Stimme überlassen. Wie wir hörten sind die Genossen Arzinski und Krahn in diese Kommission delegiert worden.

Genosse Gehl berichtete in kurzen Strichen über letzten Arbeiter des Kriegsaussschusses für Konsumverteilung, dessen Vorsitzender er bisher war. Er legte den Vorschlag vor, wegen Ueberbildung mit anderen Arbeiten wieder und einfaß, an seiner Stelle die Wahl des Genossen W. Krüger der sich zur Annahme bereit erklärte und einstimmig gewählt wurde.

Im „Verkehrswesen“ teilte ein Delegierter mit, daß v. Letten der „Unabhängigen“ das Verbot verbreitet wurde, Genosse Gehl trage Schuld daran, daß der Lithograph Cherie aus Marlowenwerder zum Heeresdienst eingezogen sei. Genosse Gehl weist diese infame Beschuldigung auf das entschieden zurück. Er erklärt, daß im Gegenteil ein „Unabhängiger“ sich als sein (Gehls) Vertreter der Kommandantur gegenüber ausgegeben und um Freilassung Oberleins gebeten habe. Genosse Gehl erklärt weiter, daß er erst nach Erledigung dieser Angelegenheit davon erfahren habe und dagegen Einspruch erhebe, daß mit seinem Namen von den „Unabhängigen“ ihren Gunsten Mißbrauch getrieben werde.

Arbeiterauswahlwahl bei Schichau.

Endlich! Nach einem Jahr und zwei Monaten werden die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst bei der Firma Schichau erfüllt. Ein Anschlag am schwarzen Brett ordnet die Wahl zum Arbeiteraussschuß auf Sonntag den 17. März 1918 an. Bis zum 26. Februar 1918 müssen die Vorschläge unterbreitet werden.

Die Arbeiterschaft der Firma Schichau hat schon oft eine Vertretung im Betriebe gefordert. Ihren Unwillen hat sie bereits mehrfach demonstrativ zum Ausdruck gebracht. Jetzt hat zu beweisen, daß sie keine minderwertige Arbeit leistet, wie ihr vorgeworfen wurde!

Mit dem Stimmzettel in der Hand, den niemand kontrollieren kann, muß die Belegschaft zeigen, daß sie instand ist, ihre Interessen selbst zu vertreten. In ihren Reihen gibt es genug Männer, die ihren Willen auch gegenüber der Firma Schichau zum Ausdruck zu bringen in der Lage sind.

Diese Wahl ist für die Arbeiterschaft der Firma Schichau eine wirtschaftliche Kriegsmusterung! Der magere Erfolg der letzten Lohnbewegung hat eine Atmosphäre geschaffen, wie es ernster noch nicht da war. Wir zweifeln nicht, daß die Arbeiterschaft bei dieser Wahl auf dem Posten sein wird.

Berichtigung.

Der Jahresbericht des Deutschen Metallarbeiter-Verbands enthält einen Irrtum. Es muß in dem Bericht der letzten Nummer der „Volkswacht“ unter „Lohnbewegungen“ die Firma Schichau betreffend heißen: „Erhöhung der Teuerungszulage von 3,75 Mk. und „für besonders Tüchtige“ 1 Mk. Teuerungszulage.“

In der letzten Mitglieder-Versammlung des Zentr. Verbandes der Zimmerer wurde vom Geschäftsführer der Zehlfabrik Danzig der Jahresbericht erstattet und folgendes ausgeführt:

Zu den großen Mühen und Entpfern haben auch die Zimmer Danzigs und Umgegend bis jetzt schon übergenug beigetragen. Von den 475 zum Heeresdienst eingezogenen haben nach den bisherigen Meldungen rund 30 Kameraden ihr Leben auf den Schlachtfeldern lassen müssen, etwa 20 sind vermißt und etwa ebensoviel schmachtet in Gefangenschaft nach Erlösung. Für die rund 300 Dabeigeblienen war das verfloßene Jahr auch kein rosiges. Mit angestrengtester Arbeit bei langer, vollkommen ungenügender Kost mußten die Zimmerarbeiten fast ausschließlich im Freien, der Witterung ausgesetzt, ausgeführt werden. Arbeitsgelegenheit war in reichlicher Maße vorhanden, bei den vielen Holzbauten militärischer Art konnte die Nachfrage nach Zimmerern durch unsere Arbeitsnachweis nur dadurch befriedigt werden, daß auch Kameraden von außerhalb herangezogen wurden. Bei der Logistknappheit, hervorgerufen durch die Wohnungskalamität, stieß auch dieses auf große Schwierigkeiten; ektamen Fälle vor, wo zugereiste Zimmerer, weil es ihnen nicht möglich war, Obdach zu finden, wieder abreisen mußten. Die auf generaler Grundlage vereinbarten Teuerungszulagen im April und Dezember 1917 von 15 Pf. und 10 Pf. sind ohne Schwierigkeiten gezahlt worden. Durch die Geflossenheit und Einigkeit der Zimmerer Danzigs ist aber noch weit mehr erreicht worden, so daß heute Stundenlöhne von 1,10 Mk. bis 1,35 Mk. gezahlt werden. Trotzdem stehen sich unsere Kameraden, die im Baugewerbe beschäftigt sind, häufig ungenügend

Der verberzte Kleiderstrahl

Von Karl Bröger.

Auch in unseren Kleiderstrahlen sind Kriegsschauplätze. Hefige Schlägen gegen Mangel und Teuerung werden auf dieser Walfahrt geschlagen und wie bei jedem Kampfe gibt es auch hier Opfer. Die schwerere oder leichter verwundeten Räder und Hosen, Kostüme und Hüten können aber nicht verabschiedet werden. Sie müssen Dienst tun, solange der letzte Faden hält.

Aber unsere Kleiderpinde sind auch verberzt. Ist dieser ein wahres Museum von oft gesticktem Urwälderhanerat, so jener ein Kabinett von bezugsheillosen „Pellen“, die oft ein kleines Vermögen bestricken.

Weil wir Kulturmenschen alle nur wackelnde Kleiderpinde sind, sondern in dieser Schreckzeit, bleibt die innere Verfassung unserer Garderoben nicht verborgen. Hundert kleine Komödien, die nicht selten im Kern Tragödien sind, werden auf Straße und Platz vorgeführt. Wohl ihr einzige Sehens?

Die VI. Matrosen-Halbflottille.

In der Straßendahn. Wir sitzen ein junges Mädchen gegenüber im Sonntagstaat. In ihr kleines Lederkästlein oder Matrosenkleidchen. Die Füßchen aus Knopf glänzenden Eidensack knistern bei jeder kleinen Bewegung. Man sieht wenigstens sehr Grad unter Knoll. Verfroren kuppelt die schlanke Gestalt an ihrer Gte. Jeden, das manchmal um die Schultern läuft, verrät deutlich die innere Temperatur des kalten Gefühls.

In ganzem Anzug ist das kampfste Bemühen erkennbar, den Leuten des kleinen Lederkästleins von großer Toilette zu erfüllen. Der schwarze Filzput ist sicher auch kein heuriger Hase. Zu anderen Zeiten würde er wohl längst seinen Lebenszweck als Vogelstreichzeug genossen. So ist er großartig aufgedunsen, mit bunten kleinen Kneten verziert und rund um den inneren Kopfteil läuft ein marineblaues Band.

Im Gedächtnis steht darauf gedruckt: VI. Matrosen-Halbflottille.

Ich war willens zu lächeln, doch ein Blick des Mädchens hielt mich die Mundwinkel nieder. Er schien mir zu sagen: „Zweifle nicht, so sehr an meinem Gefühls. Ich würde schon Bänder, die besser auf einen Jünglingsmädchen passen. Aber die gibt es nicht mehr.“

Ich vernahm, weiter auf das Band zu schauen, und flieg bald ab.

Der Herr Professor. Jeden Abend unterhalten wir uns über die Lebensführung der Festbesetzten im Krieg. Der alte, grauhaare Herr ist sonst ein gemächliches und unausgesprochenes Haus, aber er wird scharf und kritisch, wenn er von den Sorgen seines Standes spricht. Es mühte mich gesehen für die Beamten und gegen festes Gehalt arbeiten.

Teuerungszulagen? Ganz schön und gut. Was hilft mir aber eine Zulage, wenn jede Ware um das Dreifache meiner Zulage steigt? Ich bin 35 Jahre im Dienst und war mit meinem Auskommen immer zufrieden. Jetzt kann ich es nimmer sein. Ein Beamter kommt man doch anständig gekleidet daher. Ich hab immer auf korrekten Anzug gesehen. Nun ist mir alles gleich Scham der Staat sich nicht, dann bin ich auch jeder Scham enthaben.

Er sieht allerdings nicht staatsmäßig aus, der gute, alte Herr. Die Hofe fällt in Harmonikalfalten auf die Schüge, am Kopf ein überal Spiegel und der weiche Filz ist vielleicht ein Gipfel von Landstreicherleganz, für einen königlichen Professor aber doch nicht die gemäße Kopfbedeckung.

Oben hoit er ihn vom Nagel, schüttelt ihn mit altfranzösischer Grandezza und geht unter allseitigem Stühlerücken der Türe zu.

Fenileton

Und die Denkmäler?

Die Kaiserflocke des Kölner Domes hat zum letzten Mal das neue Jahr eingeleitet. Gevierteilt und zerstückelt wird sie zerhackt, um in hunderttausend Granaten aufzuerstehen.

Die Zeit hat eine harte Faust. Sie zerbricht ganze Staaten wälzt Regierungen um, zerstückelt Städte und Dörfer, verwüßt das weite Land, lehrt die ergrauten Sünden schweigend jastten und Kolgebete murmeln. Die ältesten Kirchenglocken und die höchsten Feuertürme mürren sie nacheinander in die gemätschte Urne des Krieges, hundertfältig räumt sie unter allem auf, was Dein eigen war, nur unter die geliebten Denkmäler, an die magt ich selbst diese eiserne Zeit heran.

Warum nicht?

Ja, das ist eben die Frage, auf die es bisher keine Antwort gegeben hat; auf die aber geantwortet werden muß, wenn man schon einmal auf dem Kletterwege in die höchsten Götterstufen des

Es kann mit dem Klang eine ewige Klage der Seele, der Halbheit, des Wankens, Erstickens.

„Reethoven?“ fragte Mithern die Gläubige. „Aber er schaute nur. Schaute oberhalb, überwältigt, gezwungen, und antwortete nicht. Was die Lippen verschluckten! Diese Wangen verbarben.“ Wie das Auge die Brust blickte, sondern sich nicht, endlich, und die Brust nicht überforderte, sondern sich nicht wie ein Linden aus Marmor! Ist das Meer dein? Die Verheißung des Himmels, die Schwermis der Erde? ... all das ewig Verblüht, nie völlig Entbedtet und, wenn es erbebt, gleich wieder Verblüht, neu wieder Gedächte ... ?

„Aus der Ewigkeit freit er. Erkennt Du?“

Aber er war schon gegangen! Er eine schon! Sie sah nicht, bemerkte nicht, blieb war er geworden, hatte Stimme und Stimme verloren, ja, schwanz. „Erkennt Du?“ wiederholte sie trübselig. „Die Andere!“ schand er sich überdend an Schwärzen, in Lebensacht, Schwere auf der Stirne. „Aber die Andere! Die Andere!“ Kein immer er sah sehr zu, mit beherztem Schritt und gewandter Geste: „Nein! unangeht wird nicht! Das ist noch kein Drama, keine Schloßspiel, nur Auffall! Der Wille befragt ihn! Aber: jähling, ein Rud, eine Drehung, und — natürlich! man habe das Anstalt!“

„Du!“ — mit einem Entschien ohne gleichen vor diesem Schicksal der Anderen, drehte er zurück, schaute mitten im Bewußt, vor den Augen dieses Mädchens, die strahlende Hand, die nicht abließ, nichts wahrte, preßte sie heiß mit der Gewalt seiner Hand. „Du!“ Aber das erwiderte nicht! Den Arm um sie schlingend, die ihm leidend, nur stante, der Strom seines Gedankes habe die Uter stricken, hina er sie nicht an sich, eng an ihn, ganz ganz, nach an sich, so, als wolle er sich Reib und Seele stricken von ihr und sich auf ewig verblühten damit und vermalen, und habe und befrucht: „Halt mich, oh halt mich! Gib mich niemals mehr frei! Sei die Einzige. Einz...“

„Hilf der Himmel sich auf über ihrer springenden Brust? Wie ein Blick, das sie sich noch, verblüht? ...“

„Du!“ — mit einem Entschien ohne gleichen vor diesem Schicksal der Anderen, drehte er zurück, schaute mitten im Bewußt, vor den Augen dieses Mädchens, die strahlende Hand, die nicht abließ, nichts wahrte, preßte sie heiß mit der Gewalt seiner Hand. „Du!“ Aber das erwiderte nicht! Den Arm um sie schlingend, die ihm leidend, nur stante, der Strom seines Gedankes habe die Uter stricken, hina er sie nicht an sich, eng an ihn, ganz ganz, nach an sich, so, als wolle er sich Reib und Seele stricken von ihr und sich auf ewig verblühten damit und vermalen, und habe und befrucht: „Halt mich, oh halt mich! Gib mich niemals mehr frei! Sei die Einzige. Einz...“

(Aus der „Jugend“.)

als diejenigen, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind. Nach der einwandfreien Statistik des Herrn Calver, auf dessen Statistiken sich die Regierung und das Unternehmertum gern berufen, beträgt infolge der wohnsinnigen Lenkung der Lebensunterhalt einer fünfköpfigen Familie allein für Ernährung 44,10 Mk. pro Woche. Wo sollen nun die Wohnungsmiete, Bekleidung und alle andern Ausgaben herkommen?

Das Hilfsbrotgesetz mit seinen Bestimmungen über den Arbeitslohn ist den Zimmerern Danzigs bei der Verbesserung der Löhne sehr hinderlich gewesen. In einem Falle verweigerte der Schlichtungsausschuss sogar den Arbeitern, trotzdem der Antragsteller nachwies, daß er aus Gesundheitsrücksichten die Arbeitsstelle wechseln müsse und daß er auf der neuen Arbeitsstätte laut Beschleunigung des Arbeitgebers rund 20 Mk. pro Woche mehr verdienen könne. In diesem Falle haben wir über die Sprachpraxis des hiesigen Schlichtungsausschusses durch die Generalkommission bei dem Kriegsamt in Berlin Beschwerde geführt. Die Sache schwebt noch. Hoffen wir, daß der hiesige Schlichtungsausschuss von der zuständigen Stelle darauf aufmerksam gemacht wird, daß dieses ein Fehlspruch war, und daß sich solche Fälle nicht wiederholen, weil dadurch der letzte Rest Vertrauen bei der Arbeiterschaft erschüttert wird.

Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen im Berichtsjahre 8917,50 Mk., die Ausgaben 6576,50 Mk. Sie setzen sich wie folgt zusammen: Familienunterstützung der Zahlstelle 4125 Mk., Familienunterstützung außerhalb 121 Mk., Zuschuß zum Gehalt des Angeführten 1859 Mk., Arbeitslosenunterstützung 405 Mk., Reichsbeitrag 66,50 Mk. In vor konnten nur 1741 Mk. der Hauptkasse überwiesen werden. Seit Kriegsbeginn beträgt die Summe allein für die Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen Kameraden 14.544 Mk. für die Hauptkasse. Hinzu kommen aus Mitteln der Lokalkasse in dem ersten Kriegsjahr 2933 50 Mk., so daß zusammen die staatliche Ziffer von 17.592,50 Mk. heraustritt. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt 4666 29 Mk., die Ausgabe 3704,92 Mk. Das Lokalkassenvermögen hat sich somit im Berichtsjahr um 961,37 Mk. erhöht und beträgt somit am Schluß des Jahres 1917 7828,99 Mk.

Die Mitgliederbewegung war folgende: Eingetretene und erneuert 108, abgemeldet und vom Militär entlassen 101, zum Militär eingezogen 61, abgemeldet 135, gestrichen wegen fehlender Beiträge 34, ausgetreten 2 und gestorben 4. Summa 236. Der Mitgliederbestand beträgt somit 299.

In den sozialen Ausschüssen ist der Vorstand unserer Zahlstelle stark vertreten. Im Scherarbeitersauschuss haben die Kameraden Reel und Selin dafür gesorgt, daß unsere Kameraden, welche an Neubauten im Freien arbeiten, als Schwerarbeiter anerkannt sind und somit die größere Brot- und Fettration erhalten, und daß eine scharfe Kontrolle der Arbeitgeber über die ordnungsmäßige Verteilung stattfindet. Ferner ist unsere Organisation durch den Kameraden Reel vertreten im Betriebsauschuss der Speisehallen, in der Kriegeschädigtenfürsorge usw. Im Danziger Mieteinigungsamt, das eine gute soziale Einrichtung ist und infolge der Wohnungsnot für Danzig unbedingt nötig war, wirkt ebenfalls Kamerad Reel als Beisitzer. — Auch am Schluß des dritten Jahresberichts während der Kriegszeit müssen wir die Mahnung an alle Kameraden richten, die uns noch fernstehenden Kameraden unsern Verbände zuzuführen und dem Vorstand bei der Agitation behilflich zu sein. Den Bekleidungs- und Beurlaubten muß klargemacht werden, daß es Ordnung ist, sich nicht bei uns anzumelden oder nicht wieder einzutreten, falls sie die Anmeldung versäumt haben, nicht gibt. Keiner hat militärischen Nachteil zu befürchten, sondern nur Vorteil, wenn er in die Reihen seiner um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Kameraden tritt. Die Parole muß auch 1918 heißen: Hinein in die Gewerkschaftsorganisation!

Frankfurt a. M. für eine Gemeinde-Wahlreform.

In Frankfurt a. M. haben unsere Genossen beantragt, eine Eingabe an die Staatsregierung mit folgenden Forderungen zu richten: 1. Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts für die Gemeindevertretungen sowie die Kreisstage. 2. Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs in den städtischen Vertretungen; 3. Aufhebung des Bestätigungsrechts für gewählte Gemeindeorgane; 4. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Anfechtung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden vor den ordentlichen Gerichten. Ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei bewegt sich mit einigen Abweichungen in gleicher Richtung. Nur will er das Wahlrecht statt von 21 Jahren an, erst im 24. Lebensjahre und statt nach halbjährlichem Gemeindeaufenthalt bei einjährigem Wohnsitz gewähren. Im Namen des Magistrats erklärte der Oberbürgermeister Vogt, daß der Magistrat den Grundgedanken der beiden Anträge vorbehaltlos zustimme. Wer den laueren Frieden in unserem Vaterlande erhalten wolle, müsse für eine Reform der Gemeindeverfassungsgesetze eintreten. Ohne Aufhebung des Zensus seien nicht nur viele Frauen, sondern auch Kriegeschädigte nicht wahlberechtigt. Der Magistrat habe sich aus Gründen der Gerechtigkeit für das Frauenwahlrecht erklärt. Er sei für die Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs und für die Wählbarkeit der Gemeindebeamten. Auch der Aufhebung des Rechts des Königs auf Ernennung des Ersten Bürgermeisters und auf Bestätigung des Zweiten Bürgermeisters stimme er zu. Die Stadtverordnetenversammlung müsse das Recht zu selbständigen Eingaben haben. Das

Reiches sind. Warum genießen die Kirchenglocken die niemandes Auge betrogen, manche Herzen aber zum Himmel wenden helfen, warum genießen sie die Ehre, fürs Vaterland dahin zu schmelzen, ehe die tausend Duhendenmäler zum Heeresdienst einberufen sind? Die patriotisch geschmiedeten Keiler- und Standfiguren hätten als die Ersten die Pflicht dazu. Das tausendfältige allegorische Gesicht der Brunnennymphen und Brückenengel käme gleich hinterher, denn sie haben kaum weniger gute Bronze verschluckt. Vor den berühmten Söhnen der Vaterstadt dürfte nicht halt gemacht werden.

Unter all diesen plastischen Gierden um der Städte und Kunststätten ist ein so erheblicher Haufen Mikrotaten schon von Geburt an, daß die Befreiung von diesem monumentalen Stumm- und grobe Wesen- und Wesen- was wird sie uns vorenthalten? Fürchtet man dynastische oder vaterländische Gefühle zu entwurzeln dadurch, daß man die verordnete und zum meist minderbemerkten Symbolen dieser Gefühle den erhabenen Zeichen des Vaterlandes opfert?

Der Künstler sagt: es kann alles wieder neu geoffen werden, wenn man nur will. — alles was ihr mocht. Im Wissen aber hofft er: so manches wird dann auch aufs neue geformt und besser gemacht werden, als eine kunstfremde Zeit es vermochte. Der Bürger beunruhigt seinen schlichten Menschenverstand mit der Frage: warum soll die Allgemeinheit ihre metallenen Erblüme bewahren dürfen während mir dieselbe Allgemeinheit die Kupferpfanne einer Urogroßmutter abnimmt?

Als die Kaiserpfanne im Kölner Dom geierteilt wurde, brummte sie großend, denn sie konnte weit hin über die Bande schauen nach Ost und West. Ihr letztes Wort war eine Frage: Und die Deut- mäter?

Die nördlichste Eisenbahnstation der Erde.

Auch in Skandinavien überschreitet die Eisenbahn den Polarkreis und tritt demnach in die kalte Zone ein. Dort gibt es sogar auf der Strecke, die nach den großen lappländischen Eisenbergwerken führt, eine Station, die den Namen Polarkreis führt. Vor dem Kriege war die nördlichste Eisenbahnstation der Erde überhaupt der Hafen Narvik an der norwegischen Küste, wo diese Eisenbahn unter etwa 68 1/2 Grad nördlicher Breite endet. Seitdem aber hat sie diesen Rang abtreten müssen an den russischen Hafen Romanow, der nach dem Sturz der Zarenherrschaft in Murman umgetauft wurde nach dem Namen der Küste, an der er gelegen ist. Er war von Natur dazu berufen, in diesem Kriege für Rußland der wichtigste Küstenplatz überhaupt zu werden; denn nachdem die Ostsee

staatliche Aufsichtspflicht sei wesentlich einzuschränken. Mit großer Mehrheit wurde folgende Formulierung angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Stellungnahme des Magistrats, die mit den Grundgedanken der Anträge der Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie übereinstimmt, und ersucht den Magistrat, gemeinschaftlich mit ihr in einem gemischten Ausschuss, bestehend aus 7 Stadtverordneten und 6 Magistratsmitgliedern, die Eingabe an die königliche Staatsregierung und die beiden Häuser des Landtags fertigzustellen.“

Zur Frage der Wohnungsbeschaffung

hat der Vorstand des Preussischen Städtetages an den Minister des Innern eine Eingabe gerichtet. Zunächst wünscht der Vorstand eine Bindung der Mietshöhe für Wohnungen in älteren Häusern, das heißt, den Städten sollen Reichs- oder Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, um die Mieten in allen aus der Uebergangszeit vom Krieg zum Frieden stammenden Gebäuden für längere Zeit herabzusetzen. Dann bittet der Vorstand, eigene Staats- oder Reichsmittel zu billigen Sätzen zur Verfügung der Städte zu stellen und auf gesetzlichem Wege neue Geldquellen den Städten zu erschließen. Ebenso wichtig sei es, in vielen Fällen fiskalisches Gelände den Städten zur Verfügung zu stellen oder zu günstigen Bedingungen zu erschließen. Als zweiter Punkt käme damit die Bereitstellung von erforderlichen Arbeitskräften und Rohstoffen für die Erleichterung der Bautätigkeit in Betracht. Dazu müßte eine Entscheidung der Heeresverwaltung möglichst sofort herbeigeführt werden, damit schon jetzt festgestellt werden könne, wer in erster Reihe zuständig ist und welche Materialien schnell und billig beschafft werden können, ob eine genügende Zahl von Holz- häusern, Baracken usw. in Fällen dringender Not zur Verfügung stehen.

Die Folgen des Preisanstieges

Man setzt den Preis vielfach in die Höhe, um dadurch die Produzenten anzureizen, mehr zu produzieren. Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen hat schon oft darauf hingewiesen, daß die Produktion unter den Kriegsverhältnissen nicht ins Ungemessene zu steigern ist, und daß eine übermäßige Preissteigerung sogar ins Gegenteil umschlagen kann. Die „Deutsche Tageszeitung“ bestätigt das, wenn auch mit anderen Worten. Sie verweist auf die Rüstungsarbeiter, die allerlei Lebensmittel bekämen und doch darüber murrten, „daß es neben diesen schönen Dingen nicht noch mehr Kartoffeln und Zusatzbrot gebe“, und schließlich eine kürzere Arbeitszeit verlangten mit der Begründung: „Es ist ja Krieg, es wird ja genug verdient; wozu da sich besonders anstrengen und arbeiten.“ Das führende Organ der Landwirtschaft schießt hier zweifellos von den Landwirten auf die Arbeiter. Es wird kaum einen Arbeiter geben, der sich wenig anstrengt und arbeitet, „weil er ja genug verdient“. Die Lebensmittelpreise sind doch in weit höherem Maße gestiegen als die Löhne, und selbst, wenn der Arbeiter heute mehr verdient, dann freut er sich, damit entweder Schulden bezahlen zu können oder Versäumtes nachzuholen oder auch sich ein paar Groschen zu ersparen für die Zeit der Arbeitslosigkeit und Krankheit. Man könnte den Satz eher auf die Landwirtschaft anwenden. Wenn die Preise zum Anreizen der Produktion allzu hoch gesetzt werden, dann sagen manche Landwirte: „Es wird ja genug verdient, wozu da sich besonders anstrengen und arbeiten.“ Und sie setzen vielleicht noch dazu: „Der Verkauf von wenigen Produkten bringt dir genug ein; dann lebe etwas besser, als du es im Frieden gewohnt warst.“ Also würde mit allzu hohen Preisen erreicht werden, daß erstens nicht soviel angebaut wird, und daß zweitens die entbehrlichen Produkte nicht reiflos abgeliefert werden. Das führende landwirtschaftliche Organ weiß gar nicht, daß es sich mit dem fortgesetzten Gejammer über die „hohen Löhne“ selbst in die Nesseln setzt.

Die abgesetzten Höchstpreise

Der „Vorwärts“ macht aufsehenerregende Mitteilungen, wonach noch im Dezember nach den Neuföllner Entschlüssen eine Sitzung in der Reichsstelle für Obst und Gemüse stattgefunden hat, die sich mit der Gemüseversorgung beschäftigte. Teilnehmer an der Sitzung waren die Groß-Berliner Lebensmittelbezugern, Organe des Kriegswachstumsamts und der Polizeiverwaltung. Von dem ersten Redner, dem Lebensmittelbezugern eines Berliner Vorortes, wurde die Neuföllner Denkschrift als sehr ruhig und sachlich bezeichnet, ihm seien in der letzten Zeit noch viel schlimmere Dinge passiert. Die vorhandene Misere könne aber nur beseitigt werden, wenn das bisherige Versorgungssystem geändert werde. Nachdem dann noch zwei weitere Redner,

und das Schwarze Meer für den Verkehr Rußlands mit keinen Bundesgenossen gesperrt war, lag dort der einzige Hafen, der fast immer eisfrei ist. Und wäre er bereits vor Kriegsausbruch durch eine leistungsfähige Eisenbahn nach Petersburg hin verbunden gewesen, so hätte sein Verkehr einen fabelhaften Aufschwung genommen und das ein halbes Jahr von Eis blockierte Archangel, das im Jahre 1916 60mal so viel Waren umschlug als 1913, weit in den Schatten gestellt. Aber diese Bahnerbindung fehlte eben, und damit war der schöne Hafen wertlos. Die nächste Eisenbahnstation von Turman liegt im nördlichen Finnland, nicht weniger als 230 Kilometer entfernt; aber auch dieser Anschluß hätte einen großen Umweg auf Petersburg hin bedeutet. Man ersah sich also wohl oder übel, eine geradlinige Bahn von Nord nach Süd zu bauen, die fast 1500 Kilometer lang sein müßte, also so weit wie von Königsberg über Berlin und Frankfurt nach Basel. Bei diesem Bahnbau in jener Wüste von Stein und Sumpf haben zahlreiche deutsche Kriegsgefangene bei der Fronarbeit ihr Leben verloren. Die Bahn wird nun vielleicht, wie Dr. Richard Henning in Petermanns Mitteilungen nachweist, für diesen Winter benutzbar sein, aber jetzt ist sie wiederum durch die Staatsumwälzungen in Rußland und durch die Lockerung der Beziehungen zur Entente entwertet worden, ehe sie eigentlich in Gebrauch genommen. Was dieser Bahnbau gekostet hat, darüber liegen keine Angaben vor; billig ist er selbst unter rücksichtslosester Ausnutzung von Arbeitskräften keinesfalls gewesen, da ein großer Teil der Strecke durch Sümpfe führt und auf Pfahlweil errichtet werden mußte. Diese Sümpfe brühen im Sommer die Mistarten von Mücken aus, denen die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten unter den Arbeitern zuzuschreiben war. Auf den vermeintlich fertigen Strecken haben sich immer wieder Bodenentsetzungen gebildet, so daß die Bahn selbst in ihrem eingeleiteten Zustande nicht als ein zuverlässiges Verkehrsmittel gelten konnte. Es ist nun die Frage, was aus dieser Eisenbahn werden soll, wenn einmal Frieden ist und Rußland damit den Verkehr von seinen übrigen Häfen aus frei bekommt. Das Land ist weit umher fast ganz unbewohnt und für Ackerbau durchaus ungeeignet. Die einzigen Ausnahmestellen, welche würden die arktischen Wäldungen bieten, die in der Nähe der Bahn anstehen und bei einer guten Bewirtschaftung hohen Wert erhalten könnten, zumal auch eine Bearbeitung des Holzes an Ort und Stelle durch den Reichtum an Wasserkräften möglich wäre. In einer glänzenden Entwertung dürfte die nördlichste Eisenbahnstation der Erde aber auch dadurch nicht mehr gelangen; sie hat eben ihre Zeit verpaßt.

Vertreter von Gemeinden, eine Änderung des Systems verlangten, erklärte der Vorsitzende, ein Regierungsrat v. R. daß an System nichts geändert werde. Zum Schluß sagte der Vorsitzende, daß eine Umstellung der Höchstpreise vorläufig nicht gedacht werden könne. Die Gemeinden hätten das Recht, bis zur Beseitigung der Konkurrenz der Wirtschaftsbetriebe die Höchstpreise vorläufig zu überschreiten. Diese Ueberschreitung dürfe aber nur bis zu einem bestimmten Termin dauern, der noch bekannt gegeben werden würde. Dann aber dürfe keine mehr die Höchstpreise überschreiten.

Wie reimt sich, so fragt die „Bositzer Zeitung“, diese Erklärung mit den angekündigten Ermittlungsverfahren nicht nur gegen Mitglieder des Neuföllner Magistrats, sondern auch gegen das Berliner Polizeipräsidium zusammen? Wird der Staatsanwalt vorläufig von einem Einschreiten gegen Gemeinde- und Staatsbehörden absehen? Will er wirklich dem schamlosen Kriegswucher zu Hilfe gehen, so hat er volles Recht dazu. Altho- und hektographierte Preislisten sogenannter Scheichändler gehen zahlungsfähigen Bewohnern der Reichshauptstadt und anderer Großstädte fast allabendlich zu. Fast alle Lebensmittel sind da verzeichnet, auch solche, die dem staatlichen Zugriff unterliegen: Speck, Schinken, Eier, Graupen, Kaffee, Mehl, Tee, Zucker usw. Ja, es gibt in Berlin förmliche Börsen für den Scheichhandel. Der Preis für ein Ei ist augenblicklich 1,50 bis 1,75 Mk.; an gute Runden wird es unter der Hand mit 1,25 Mk. abgelassen. In Horn sind die Eier augenblicklich im Scheichhandel für 0,50 Mk. zu haben. Brot wird unter der Hand mit 2 bis 3 Mark abgegeben. Weizenmehl bis zu 5 Mk. das Pfund. All das wissen Hunderte, Tausende in Groß-Berlin, nur das Kriegswachstumsamt und die Staatsanwaltschaft scheint es nicht zu wissen. Würde man hier mit starker Hand zugreifen, so ließe sich die Lebensmittelnot beträchtlich lindern.

Wo bleiben die Liebesgaben?

Darüber wird uns von glaubwürdiger Seite geschrieben: Bei dem Kaufmann Olschowski in Dirschau wurden am 2. Februar d. J. zwei Paar Herrensoden für je 9,95 Mark gekauft. Die Käuferin, ein Fräulein aus Schöneberg a. W., fand beim Prüfen der Soden darin folgende mit Tintenstift geschriebene Liebesgabenadresse:

„Dem Empfänger viel Glück.“ Martha Müller, Görlitz, Schlefien, Kaufswaldstraße Nr. 19.

Der Spenderin ist von dem Einsender von diesem Vorfall Mitteilung gemacht worden.

Eine behördliche Untersuchung dürfte recht bald Klarheit in diese sehr merkwürdige Angelegenheit bringen.

Das Brot wird teurer.

Der Magistrat machte in dieser Woche durch die Zeitungen die vom zuständigen Ausschuss der Preisprüfungsstelle auf Antrag der Bäckervereinigung beschlossene Erhöhung des Brotpreises bekannt. Danach soll das 1 0 0 0 - G r a m m - R o g g e n b r o t 4 2 P f. k o s t e n .

Die Erhöhung ist erfolgt, obwohl die Mehlspreise nicht gestiegen sind. Sie ist vielmehr mit der Steigerung der Generalunkosten der Bäckermeister begründet worden.

Danach soll der Wochenlohn für einen (nicht mehr) Bäcker-gesellen jetzt 50 Mark betragen. Für einen Lehrling wurde inkl. Kost und Logis ein Monatslohn von 100 Mark und für ein Ladenfräulein 110 Mark in Rechnung gestellt. Der Magistratsvertreter nahm diese Angaben der Bäckervereinigung, ohne ihre Richtigkeit nachgeprüft zu haben, als richtig an und empfahl die Erhöhung. Genosse Gehl bezweifelte die Richtigkeit der Aufstellung und verlangte eine Erhebung über die tatsächlich gezahlten Löhne. Er rechnete den Bäckermeistern vor, daß sie nach ihrer eigenen Angabe ohne jede Erhöhung noch einen annehmbaren reinen Verdienst von etwa 400 Mark monatlich hätten. Dazu käme noch der Verdienst aus der Weißbrotbäckerei, so daß die Bäckermeister auf jede Erhöhung verzichten könnten. Von anderer Seite wurde noch auf die schlechte Beschaffenheit des Brotes seit der letzten Preiserhöhung hingewiesen. Trotzdem wurde die Erhöhung mit 3 gegen 2 Stimmen beschlossen. Ausschlaggebend war die Stimme einer Vertreterin auf Seiten der Verbraucher, die, wie immer, sich auch diesmal auf die Seite der Erzeuger gestellt hat.

Milch die Milch noch teurer werden?

Die Landwirte behaupten es; wenigstens im reaktionellen Teil der agrarischen Presse wird immer wieder der Nachweis zu erbringen versucht, daß die Milchzeuger bei dem jetzigen Milchpreis nicht bestehen können, sondern zugrunde gehen müssen. Da nun manchmal die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut, hat man nicht selten Gelegenheit, die Behauptungen der Erzeuger an ihren eigenen Aussagen nachzuprüfen. So hat der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen mit besonderem Vergnügen festgestellt, daß Anträge auf Herabsetzung des Milchpreises durchaus berechtigt sind. Im Beiblatt der „Deutschen Tageszeitung“ Nummer 77 findet sich das folgende Kaufangebot:

Wiesen- und Meldegut

in Vorpomern, etwa 1 Stunde Wagenfahrt von Stettin, Größe circa 900 Morgen, davon 1 circa 500 Morgen Acker, 2 circa 300 Morgen pa. Wiesen, 3. circa 100 Morgen Wald, sehr gutes Inventar, besonders das lebende ist ganz erstklassig. Gute Leateverhältnisse. Zum Gut gehört ein großes, ganz erstklassiges Dorfager, das einen Wert von wenigstens 100 000 Mark hat; der Wald kann auch zum Teil abgeholzt werden, die Jagd, besonders auf Rothirsch und Fische, ist ganz hervorragend. Der Preis ist niedrig; Anzahlung 70 000 Mark. Die Milch allein bringt mehr, als der ganze Kaufpreis zu verzinsen ist. Nur wirklich erste Käufer wollen sich melden.

Ruhbat, Danzig, Sunbegasse 34.

Der westpreussischen Provinzialstelle sei vorstehende Melzig zum Abkauf empfohlen.

Milchkühe bei der Abgabe von Kots.

Die Art der Abgabe von städtischem Kots läßt viel zu wünschen übrig. Wenn Kotsmärkten aufgerufen werden, erfolgt naturgemäß ein starker Andrang der Käufer, meistens Frauen und Kinder, vor dem Tor der städtischen Gasanstalt. Dort stehen diese stundenlang angelehnt nach Kotsmärkten. Sind diese erhandelt, so geht es Hals über Kopf zum Kotslager. Jeder muß sich seinen Kots selber in die Säcke schaufeln. Dazu wird natürlich eine Schippe gebraucht. Weil aber nicht genügend Exemplare davon vorhanden sind, geht die Schippe in solch ein festbares Instrument erwirbt und die Säcke gefüllt werden, so müssen diese zur Waage gefahren, dort wieder abgeladen und, nachdem sie gewogen und wieder aufgeladen werden. Diese Strapazen beim Kotsholen sind freilich nicht dazu angefaßt, den Kotsverkäufer zu fördern. Viele Familien verzichten deshalb auch auf den städtischen Kots und geben ihre Warten träglicheren Leuten.

Die Verfertigung des Koffers würde die Arbeit wesentlich fördern.

Die Verfertigung ist also die Abnahme von Koffern nicht nur Herr Oberbürgermeister Schulz in der letzten Sitzung des hohen Arbeitnehmersausschusses meinte, sondern sie dürfte vor allen Dingen eine erhebliche Erleichterung beim Anbau.

Eine „Errungenschaft für Danzig“

Auf dem Gebiete der Volksernährung, nennt der Besitzer des Theater-Restaurants, Herr Robert Neumann, seine neu eingeführte Kofferschäckerlei und Wurstfabrik mit elektrischem Betrieb. Seit Mitte des 20. d. W. werden im Schaufenster seines Ladens nach Berliner Muster (Hackerpeter) Speisen aus Kofffleisch zubereitet und an Gäste abgegeben. Auch Knobländer mit Sauerkraut gibt es ohne Marken.

Die Einführung dieser „Errungenschaft für Danzig“ erfolgt durch ein großes Inserat in einer hiesigen Zeitung und der erhebliche Zuspruch ist nicht ausgeblieben.

Dass diese Kofferschäckerlei eine „Errungenschaft für Danzig“ sein soll, können wir nicht einsehen. Gewiss wird mancher Hungerige das Wort des Herrn Neumann an sich aufpassen und für teures Geld stark Harnsäure haltiges Kofffleisch essen. Dagegen ist nichts zu sagen, denn das ist Sache jedes Einzelnen. Deshalb braucht der Lokalinhaber keine neue Einrichtung aber durchaus nicht als eine „Errungenschaft für Danzig“ anzupreisen. Diese Bezeichnung finden wir recht geschmacklos. Sie ist auch nicht richtig. Denn um die Lebensmittelknappheit der Stadt Danzig zu mildern, hat Herr Neumann seine Neueinrichtung sicher nicht getroffen. Ihm kam es doch schließlich nur darauf an, seine Geschäftsinteressen dabei zu wahren. Und das soll eine „Errungenschaft für Danzig“ sein?

Es ist kaum glaublich, was für ein soziales Mäntelchen sich eine gewisse Geschäftserkläre umzuhängen weiß. Wir nennen diese Art Klänge groben Unfug.

Die Fänge frischer Heringe.

Die sich jetzt in der Bucht aufhalten, sind leider nicht von so großer Bedeutung wie früher. Die täglichen Fänge halten sich in bescheidenen Grenzen: sie betragen an schlechten Fangtagen bis 40 Zentner, an guten Fangtagen bis 130 Zentner. Ein großer Teil des Fanges geht in die Provinz. In den letzten Wochen ist auch in der Bucht wieder Fisch gefangen worden, aber auch hier nur in bescheidenem Umfang.

Abgabe von Lebensmitteln. Der Magistrat macht im Anzeigenteil wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel-, Kartoffel- und Lebensmittelzulafkarte für Leute über 60 Jahre erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Neues Kriegsschuhwerk. Bis zum 1. Januar 1918 war die Ausführung von Kriegsschuhwerk aus Ersatzstoffen dem freien Ermessen der Hersteller überlassen. Infolgedessen sind vielfach weniger haltbare Stoffe verwendet worden, teilweise waren die Ausführungen nicht zweckmäßig und haltbar genug und die Preise übermäßig hoch. Seit diesen Kriegstagen nur nach den vom Heberwachungsamt erstellten Ausführungsanweisungen zu festgesetzten Höchstpreisen hergestellt werden. Die neuen Verkaufspreise sind je nach Größe und Art der Holzsohlen: für Kinder von 9,50 bis 16,50 Mark, für Damen von 14,50 bis 22 Mark und für Männer von 16,50 bis 24 Mark.

Nur für einen Eingezogenen Wehrunterstützung.

Zur Klärung eines verbreiteten Irrtums sei darauf hingewiesen, daß nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die Antragstellung oder der Bezug von Kriegsamilienunterstützung gleichzeitig auf zwei Eingezogene unzulässig ist. So ist z. B. nicht möglich, daß eine Ehefrau, die auf ihren eingezogenen Ehemann Kriegsamilienunterstützung bezieht, außerdem noch auf einen eingezogenen Sohn solche beziehen kann; ebensowenig kann eine Mutter, die mehrere eingezogene Söhne hat, wenn sie bereits auf einen Sohn Kriegsamilienunterstützung bezieht, noch auf einen zweiten Sohn Kriegsamilienunterstützung beantragen. Derartige Anträge sind zwecklos und müssen in jedem Falle abgelehnt werden.

Dagegen kann eine Kriegswitwe, deren Ehemann gefallen ist, im Falle der Bedürftigkeit neben der Hinterbliebenenrente noch Kriegsamilienunterstützung auf einen eingezogenen Sohn beziehen.

Weitergewährung der Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten.

Die Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten, die zunächst für die Zeit bis zum 31. Dezember 1918 in Aussicht genommen wurden, werden voraussichtlich auch später gewährt, da die Forderung, die den Betrag für die Gewährung dieser Zulagen ist, aller Voraussicht nach auch nach dem 31. Dezember 1918 nicht bestritten sein dürfte. Es besteht demgemäß die Möglichkeit, im Wege der Verjährung die Weitergewährung der Zulagen über den 31. Dezember 1918 hinaus herbeizuführen.

Abfindung von Kriegswitwen.

Die Abfindung von Kriegswitwen wird nur gewährt, wenn ein Bedürfnis anerkannt wird. In der Regel werden nur Witwen bis zu einem Alter von 55 Jahren berücksichtigt. Die Entscheidung liegt bei der obersten Militärverwaltungsbehörde, also bei den Kriegsministerien in Berlin, München, Dresden und Stuttgart.

Aufwandsentschädigung bei Unterbrechung der Dienstpflicht.

Durch die Entlassung von Mannschaften zur Befreiung der Kriegswitwen oder der Bezirkskommandos sind die Befreiungsbefugnisse Dienstpflicht nur unterbrechen und bei einer neuen Unterbrechung umhergeführt. Für einen solchen Dienstpflichtigen beträgt

deshalb der Anspruch auf Aufwandsentschädigung. Nach einer Verfügung des Ministers des Innern an die Reglerungspräsidenten ist für die Berechnung der aktiven Dienstzeit die Waffengattung maßgebend, bei der die Dienstpflicht beendet wird. Für einen von der Kavallerie entlassenen, später zur Infanterie wieder eingezogenen Mannschaften kann daher nur eine zweijährige Dienstzeit in Anspruch gebracht werden. Im übrigen ist nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums eine Beurlaubung von Mannschaften als Vaganten unter gleichzeitiger Zurückstellung vom Heeresdienst ausgeschlossen. Entlassene werden die Leute vom Truppenteil beurlaubt, dann bleiben sie Angehörige des Truppenteils, oder sie werden vom Heeresdienst zurückgestellt. In diesem Falle werden sie entlassen und gehen zur Verfügung der Ersatzbehörde. Für die Zeit ihrer Zurückstellung oder Entlassung können sie demnach nicht als in Ableistung ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht angesehen werden, so daß eine Aufwandsentschädigung für diese Zeit nicht zuständig ist.

Zuschläge für Schnell- und Elzäge. Wie der „Nordd. Allg. Ztg.“ mitgeteilt wird, steht es keinesfalls fest, daß die Ergänzungsgebühren zu den Fahrpreisen für Schnell- und Elzäge am 1. April d. J. aufgehoben werden wird. Die Ergänzungsgebühren ist — so schreibt das Blatt — eingeführt worden, um bei den herrschenden Betriebschwierigkeiten die dringend erforderliche Einschränkung des Verkehrs der schnellfahrenden Züge herbeizuführen. Es wird daher lediglich von der Betriebslage abhängen, wann diese Maßnahme wird beseitigt werden können.

Die Sommerzeit 1918. In diesem Jahre beginnt, wie die „Voss. Ztg.“ mitteilen weiß, die Sommerzeit am 1. April und endet am 14. Oktober. Die Erfahrungen, die man während des Krieges mit der Sommerzeit gemacht hat, sind überwiegend gut. Ihre Vorteile — vor allem die bedeutende Lichtersparnis — sind so unzweifelhaft, daß man über einige kleine Unbequemlichkeiten, die sich hier und da gezeigt haben, gern hinwegsehen kann. Vielleicht wird aus dieser „Kriegserrungenschaft“ eine dauernde Friedenseinrichtung.

Geeignete Fallen zur Bekämpfung der zahlreichen Seehunde. Während vorigen Jahr tausende Zentner von Breitlingen gefangen wurden, ist in diesem Winter der Breitling gänzlich fortgeblieben. Anfang Januar wüteten viele Schneestürme, die die Breitlingsschwärme vertrieben, dafür aber den Seehund in vielen Tausenden von Exemplaren nach der Danziger Bucht verschlugen. Stellt der Fischer keine Breitlingsmanzen aus und will diese den anderen Tag fischen, so sind keine alle Manzen durch Seehunde zerrissen. Das einzige Mittel dagegen ist das Wegfangen der Seehunde im Großen. Im Jahre 1913 ist, wie die „Danziger Zeitung“ schreibt, von dem Fischer Budzig aus Ruffeld eine Seehundsfalle erfunden, die im Modell dem königlichen Oberfischmeister Blankenburg und dem Deutschen Seefischereiverein vorgelegt hat und mit 60 Mark prämiert worden ist. Im Jahre 1913 sind durch Abschluß nur 21 Seehunde erlegt worden, während mit sechs Fallen in einem Monat über 100 Seehunde von der Halbinsel Hela allein gefangen wurden. Wären jetzt die nötigen Fallen vorhanden, und zwar für jeden größeren Fischerort von Bodenküsten längs der Bucht bis Hela — Ruffeld fünf bis sechs Fallen, so könnte der Seehund in diesem Winterhalbjahr in Tausenden von Exemplaren weggefangen werden. — Die nächste Frage ist doch dann die, warum denn die Fallen nicht beschafft werden?

Vor Aufregung gestorben

Das Mieteinigungsamt teilt uns mit, daß am Freitag voriger Woche die Eigentümerin des Hauses Langgarterwall 1, Frau Borckardt, vor der Tür des Einigungsamtes vor Aufregung plötzlich verstorben ist. Ein Herzschlag ließ die alte Frau lautlos zusammenbrechen. Ihre Leiche wurde im Auto nach Hause gebracht.

Verhaftung wegen dringenden Verdachts der Getreidehehlung. Verhaftet wurde der Geschäftsführer Karub der Expeditionsfirma Meyer u. Sohn unter dem Verdacht, große Getreidehehlungen begangen zu haben. Die Sache kam dadurch ans Tageslicht, daß in Danzig ein Waagon aus Viefson eintraf, der angeblich 10000 Kilo Futtermittel enthalten sollte, in Wirklichkeit aber die gleiche Menge Weizen enthielt.

Aus Westpreußen

Junkerliche „Selbsthilfe“

Die „Westenburgerische Volkszeitung“ vom letzten Sonnabend berichtet über eine Gerichtsverhandlung gegen den Rittergutsbesitzer Wilhelm v. Derghen zu Raggow bei Neubalau, die von dem Richter als „junkerliche „Patriarchen“, wie es eben nur in den Götterhänden Spielens sich ganz zu entfalten vermag, ein ebenso lehrreiches als gefährliches Bild gibt. Der Gerichtsverhandlung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Gutsbesitzer des genannten Herrn v. Derghen traf einen Schmittler auf dem Felde, wofolbst der Schnittner Weizen in Reihen pflanzte. Den Tag, dabei, daß der Schnittner Weizen abschnitt und in einen Saal brachte. Der Schnittner gab zu, daß er die Körner für Malz zu gebrauchen, und um dieses zu erreichen, verabreichte er ihm etwa ein Dutzend Schläge mit seinem Handklotz und drohte zur weiteren Schläge zu machen, falls er zu entweichen versuche. Demnach trat der Gutsbesitzer v. Derghen in Aktion, er löste dem Schnittner mit Äußerung, was dieser zu unterlassen hat, worauf ein Angriff erfolgte. Der Gutsbesitzer v. Derghen soll da 1. Schläge 15 empfangen erklärt haben.

Durch die Verletzung der Rechte ausnahmsweise Schadenersatz wurde die Richterbarkeit nach dem gerichtlichen und das Turdprügein

Zum folgenden Tage hat dann v. Derghen den Schnittner geholt. Er hat ihn in den Hof genommen und hat ihn dort, sich ganz auszuheben — was bis auf die Entfesselung, die zu fest stehen. Der Schnittner hat die Arme um einen Baum herum und hat ihm die Hände mit einem Leinwandband gefesselt. In dieser Stellung hat er dem Schnittner dann mit einer Reitpeitsche eine Anzahl Schläge auf den nackten Körper verleiht und als der Schnittner vor Schmerz um den Baum zu springen suchte, band Herr v. Derghen einen zweiten Riemen um Baum und Körper des Gefangenen und ließte dann das Schloß fort.

Dem vor Schrecken schreienden Schnittner wurde das Schreien verboten unter der Androhung, ihm werde sonst der Mund zuverstopft, und nach Beendigung des Trübsals wurde er wieder zur Arbeit geschickt. Ein Pferd befand sich bei den Händen des Gefangenen und hinter demselben Strick war befestigt. Der mit der Fesslung des Gefangenen beauftragte Gendarmen-Beauftragte bestellte den Gefangenen in den Hof.

Der Gutsbesitzer ist nun die Tatsache, daß, als der Richter die Verletzung eines Mannes beobachtet, daß ein Urteil über die Spuren der Verletzung ausstellen zu lassen, dieser ihn die Verletzung eines Mannes verurteilt. Der Gutsbesitzer ist nun die Tatsache, daß, als der Richter die Verletzung eines Mannes beobachtet, daß ein Urteil über die Spuren der Verletzung ausstellen zu lassen, dieser ihn die Verletzung eines Mannes verurteilt.

Die Bestimmungslänge der eisenhaltigen Briggens lassen betrahten, daß man es mit der Auslieferung eines ausgeprochenen Sachver zu tun habe. Daneben aber ist darauf hinzuweisen, daß derart falsche Aussagen mit dem Vorhandensein eines übermäßigen Maßhaltens aufs engste verknüpft erscheinen.

Elbing, 14. Februar. Wegen der Vorgänge vom 12. Dezember standen wieder 26 Personen, 8 Männer, 14 Frauen und 4 jugendliche Personen vor Gericht. Die Ehefrau des Stabsverwalters Lange erhielt 3 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehrverlust, zwei jugendliche Personen Gefängnisstrafen von 2 und 3 Monaten und 11 Männer und Frauen solche von 6, 7 und 9 Monaten. Drei Personen wurden freigesprochen, 9 Sachen der Strafkammer überwiesen.

Gewerkschaftliches

„Unabhängige Hege gegen die Gewerkschaften.“

Es vergeht fast keine Woche, in der nicht eines der führenden Gewerkschaftsblätter sich gegen Verleumdungen der „Unabhängigen“ wehren muß. Diesmal ist es der „Grundstein“, der sich gegen die „Danziger Volkszeitung“ unter der Überschrift wendet: „Die Fälscher an der Arbeit.“ Die „D. V.“ hat dem Redakteur des Blattes, Ellinger, nachgesagt, daß er jetzt endlich erkannt habe, wie schwere Opfer der Krieg den Arbeitern, Angestellten und Handwerkern auferlege. Demgegenüber weist Ellinger nach, daß er schon vom Jahre 1915 an im „Grundstein“ fortwährend auf den Rückgang des Reallohns und die Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen hingewiesen hat.

Dem Bauarbeiterführer Winnig hatte die „D. V.“ untergeschoben, er sei klipp und klar für eine Herabsetzung der Löhne eingetreten, damit die deutsche Industrie so schnell wie möglich ihre frühere glänzende Stellung auf dem Weltmarkt zurückeroberne. In Wahrheit hatte Winnig gerade umgekehrt geschrieben, daß die Arbeiter zwar im Interesse ihrer Lohnpolitik raschesten Wiederaufbau der deutschen Industrie wünschen müßten, daß dies aber nicht auf Kosten des Arbeitslohnes geschehen dürfe, sondern nichts anderes übrig bleibe, als der Übergang zu rationelleren Betriebsmethoden. Diese Fälschungen der „D. V.“ nennt der „Grundstein“ eine so erbärmliche Kampfesweise, daß sie jeden ausländischen Menschen anwidern müsse.

Aus der Partei

Genosse Basner gestorben. Der Berliner Stadtverordnete Emil Basner ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Er gehörte der Stadtverordnetenversammlung seit 16 Jahren an und vertrat den 16. Wahlbezirk, dritte Abteilung. Basner war einer der ältesten und rührigsten Genossen Berlins, der der Partei immer treu blieb.

Wir verlieren mit ihm nicht nur einen hervorragenden Landsmann, sondern auch einen aufrichtigen guten persönlichen Freund, dessen Andenken uns stets teuer sein wird.

Soziales

Die ersten Ruhegelder der Angestelltenversicherung.

Die ersten Renten aus der Angestelltenversicherung werden in diesem Jahre fällig. Von einer großen Anzahl von Versicherten wird der Zeitpunkt überschritten werden, in dem die Wartegeld von 60 Beitragsmonaten zurückgelegt ist. Die dann berufsuntfähig werdenden weiblichen Versicherten können Anspruch auf Gewährung von Ruhegeld, die Hinterbliebenen der nachher sterbenden Versicherten Anspruch auf Witwen- und Waisenrenten erheben. Die Reichsversicherungsanstalt erwartet eine größere Anzahl von derartigen Anträgen. Zur Befleunigung und Vermeidung unnötiger Kosten soll das Feststellungsverfahren möglichst erschöpfend, aber auch möglichst einfach und zweckdienlich gestaltet werden. Zu den Ermittlungen über die persönlichen Verhältnisse der Versicherten sollen nach Möglichkeit die Vertrauensmänner herangezogen werden. Die Mitwirkung der Ortsausschüsse bei der Vorbereitung der Anträge zur Einleitung eines Heilverfahrens hat schon bisher die Erledigung der Anträge wesentlich befleunigt, weil Rückfragen infolge der besseren Vorbereitung fortfallen. Man erwartet, daß die Bedeutung der Vertrauensmänner und Ortsausschüsse im Gefolge der Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung erst jetzt zur vollen Geltung kommt.

Aus aller Welt

Zwei Bahnbeamte von Geflügel diebstahl erschossen. In dem Dorf Groß-Behnitz im Kreise Ostbavensland stahlen zwei Diebe bei einem Tagelöhner mehrere Kühner und wollten dann mit ihrer Beute von dem Bahnhof in Groß-Behnitz nach Berlin fahren. Die auf dem dortigen Bahnhof beschäftigten Bahnbeamten Wille und Krenzlin, die inzwischen von den Diebstählen in Kenntnis gesetzt worden waren, verfolgten die beiden Diebe auf dem Bahnhof festzuhalten. Die Diebe schrien sich aber zur Wehr, und der eine der Diebe zog einen Revolver und schoß beide Bahnbeamten nieder. Dann ergriffen die Diebe die Flucht und entkamen in den in der Nähe gelegenen Wald. Kurz danach wurden sie auf der Chaussee nach dem Orte Selbelang von dem Gendarmenwachmeister Sanner angehalten und in Haft genommen. Der Mörder ist der 25 Jahre alte polnische Russe Kowal, der andere der 28 Jahre alte Arbeiter Friedrich Kofchewski aus Magdeburg. Die Leichen der beiden Bahnbeamten wurden beschlagnahmt.

Literatur

Was erstreckt der Sozialismus und was wollen die Sozialdemokraten?

Diese Fragen stellen in der jetzigen politisch bewegten Zeit täglich Tausende unserer Volksgenossen draußen an der Front und in der Heimat und sie werden gestellt in allen Schichten unserer Bevölkerung. Zwei zu klein ist die Zahl derer, die sie erschöpfend zu beantworten vermögen und es ist auch nicht so ganz leicht, sich diese Frage aus der umfangreichen sozialistischen Literatur zu beantworten. — Da möchte man die Fragesteller auf ein Büchlein aufmerksam machen, von Paul Kampffmeyer, betitelt: „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung“, das im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist und für 1,20 Mark von jeder Buchhandlung bezogen werden kann. Das Buch ist eine Führung durch die Geschichte, Politik und Literatur der Sozialdemokratie und Sozialismus. Es beginnt mit der Vorgeschichte der sozialistischen Bewegung, gibt eine kurze Darstellung über die Agitation Lassalles und das ökonomische Verständnis von Sozialismus, schildert den Aufstieg der Arbeiterklasse von der Seite der Massenbewegung und zeigt die gewaltige Kulturarbeit, welche die Sozialdemokratie geleistet hat, in einzelnen Abschnitten. A. B. Frauenfrage, Paragrafen, Kommunalpolitik, Arbeiterkassen, Genossenschaftswesen. An der Hand dieses Büchleins wird man sich leicht in der sozialistischen Literatur zurechtfinden. Es sei daher allen, die sich dieser Frage beschäftigen, empfohlen. Das Buch kann durch die Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32, bezogen werden. Das Porto beträgt 20 Pfennig.

Kriegsnachrichten

Englische Mißstimmung gegen Lloyd George

Rotterdam, 19. Februar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge greift das radikale Abendblatt „Star“ die Regierung an. Auch die „Westminster Gazette“ ist mit der Regierung unzufrieden. Das Blatt schreibt: Die Völkung Robertsons und die Ernennung Northcliffes sind Maßnahmen, die uns wie ein Schlag ins Gesicht treffen. Man will also den Sieg dadurch beschleunigen, daß man den größten Generalstabsoffizier, den England in unserer Zeit hervorgebracht, zur Seite schiebt und sich der „Talente“ Northcliffes bedient, um die feindlichen Länder davon zu überzeugen, daß unsere Kriegsziele gerecht und gut sind. Die Regierung muß einsehen, daß ihre Stellung durch die Debatten der letzten Woche ernstlich erschüttert ist und daß sie wahrscheinlich nicht stärker dastehen wird, wenn sie diese Woche im Parlament erscheint. Das Unterhaus ist ungemöhnlich gebuldig gewesen, aber die Ereignisse der letzten Woche stellen seine Geduld auf eine schwere Probe. Viele Abgeordnete fragen sich, ob es nicht ihre Pflicht ist, ihren Ansichten Geltung zu verschaffen ehe das Uebel noch größer wird. Am heftigsten greift das Abendblatt „Globe“ Lloyd George an. Es bringt einen Artikel mit dem Titel „Lloyd George läuft wieder einmal in der Arme“. Das Blatt verlangt den Rücktritt Lloyd Georges, Bonar Law, Curzon und Milners.

Flugangriff auf Calais

Berlin, 19. Februar. Am 18. Februar abends belegten vier Marineflugzeuge den Seebahnhof von Calais sowie ein daneben liegendes Barackenlager erfolgreich mit Bomben und griffen dort drei Scheinwerfer mit Maschinengewehr an. Im Barackenlager wurden Brände beobachtet. Einer der Scheinwerfer wurde zerstört.

Scharfer Protest der Polen

Wien, 17. Februar. Den Blättern zufolge fand gestern eine Vollversammlung des Polenklubs statt, an der auch mehrere Herrenhausmitglieder teilnahmen. In ihr wurde eine vom Abgeordneten Daszynski vorgelegte und von der parlamentarischen Kommission im Abgeordnetenhaus abzugebende Erklärung, sowie ein Aufruf an das polnische Volk, worin gegen die Wertung des Cholmer Landes an die Ukraine protestiert wird, sowie eine gleichlautende Resolution im Herrenhaus ohne Debatte einstimmig angenommen. Die Kundgebungen sind in scharfem Ton abgefaßt. Ueber das taktische Verhalten im Abgeordnetenhaus wird der Polenklub Montag beraten. Die Blätter melden weiter, daß zwei polnische Delegierte, die der Minister des Äußeren, Graf Czernin, zu einer Besprechung einlud, die Einladung ablehnten.

Politische Wochenschau

Deutschland

Eine agrarische Kriegstagung

Der Bund der Landwirte hielt am Montag seine 25. Jubiläums-Generalversammlung ab. Man hörte fast nur Kriegsvreden gegen die Reichstagsmehrheit und den Kanzler Bethmann Hollweg. Der „unterlandsparteiliche“ Reichstagsabgeordnete Willgrube sprach über „Demokratisierung und Parlamentarisierung“, wobei er u. a. ausführt:

man werde den Eindruck nicht los, daß Gott den früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg im Zorn geschaffen habe. (Minutenlanger stürmischer Beifall.) Durch ihn sei die Regierung und das deutsche Reich unter die Knechtschaft der Demokratie gelangt.

Die deutsche Unbeliebtheit in der ganzen Welt können wir gestraft tragen, wenn wir auf der Macht stehen. Finanzjelle Oligarchie ist Schwert und Schild des verderbbringenden Parlamentarismus.

An unsere Kaiser rufen wir die leidenschaftliche Bitte: „Halte, was du hast, damit dir niemand die Krone nehm.“

Dann nahm, natürlich stürmisch begrüßt, als letzter Parade-rebner der königliche Kammerherr Erard von Oldenburg-Sanushau, der Mann des „Vog popul, vor Rindvieh!“ das Wort.

Er gab seiner Bewunderung Ausdruck für das, was Heer und Volk geteilt haben. Umso niederträchtlicher sei es zu beobachten, wie unsere politische Leistung und der Reichstag verfaßt habe. Niemals habe es einen Minister gegeben, der seinem Vaterland so schief wie v. Bethmann Hollweg gedient habe.

Unsere inneren Zustände seien so verfahren, daß auf den Kanzler, der diese Dinge wieder in Ordnung bringen will, geschossen werden wird. Aber vorher wird er hoffentlich selbst haben schließen lassen. (Heiserkeit und stürmischer Beifall.)

„Wenn der Reichstag an die Front dem Heere seine Grüße geschickt hat, so hat mich das stets verletzt, denn ich habe mich der niederrückigen Friedensresolution erinnert.“

Zu den konfusesten Ideen Bethmann Hollwegs gehörte es auch, daß er die Sozialdemokratie hat regierungsfähig machen wollen.

v. Oldenburg wandte sich dann dem inneren Frieden zu. Er spricht von der Ernährungspolitik, die nur den Konsum berücksichtige und hofft, daß die jegliche Wirtschaftsreform bald aufgegeben würde. Er nennt Erzberger einen Mann mit kleinem Gesichtskreis. Er ist erstaunt, daß man den Kanzler aus Bayern geholt hat. Das Schlimmste aber sei, daß er mit Erlaubnis des Reichstages Kanzler wurde. Den Frieden mit der Ukraine begrüßt Herr v. Oldenburg freudig, aber erwartet, daß wir den allgemeinen Frieden nicht ohne Kriegsentwöhnung schließen werden. Mit einer Steuerlast von zehn Milliarden sind wir verloren. In Rom müßte das letzte Bild verfeigert und in Frankreich der letzte Franc genommen werden, ehe wir die Kriegskosten selbst zahlen sollten.

Es werden Revollen kommen! Die müssen wir nieder-schlagen. Der Reichstag wird das Wort haben. Wenn wir keine Kriegskosten erhalten, dann sei es vorbei mit der preussischen Tradition. Das Herz des Volkes schlägt nicht in der Wilhelmstraße, auch nicht im Reichstage, sondern am Großen Hauptquartier.

Wir wollen kein Reich des Verlichtes, wir wollen ein Reich des Sieges, des Erfolges und des Ruhmes. Es soll wie es im Vaterland heißt, ein Reich der Kraft, der Herrlichkeit in Ewigkeit, Amen, sein.

v. Oldenburg verließ das Rednerpult unter dem lauten Beifall der Versammlung, die mit dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles!“ sodann auseinander geht.

So drohte der Junker übermäßig, der nach seiner eigenen öffentlichen Erklärung die Wintern mitten im Kriege ausgezogen hat, um die Regierung rücksichtslos bekämpfen zu können!

44 neue Reichstagsitze

Proporz in den Großstädten und Industriegebieten. Aus dem Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenfassung des Reichstags und die Verhältnismacht in großen Reichstagswahlkreisen, der am 16. Februar die Zustimmung des Bundesrats gefunden hat und nunmehr dem Reichstage zugeht, teilt W. L. B. folgende Bestimmungen mit:

Die Zahl der Mitglieder des Reichstags wird auf 441 erhöht. Die Stadtgebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., München und Dresden sowie das hamburgische Staatsgebiet bilden je einen Wahlkreis. Außerdem werden Proporz-Wahlkreise gebildet für Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Duisburg, Hannover, Leipzig und Stuttgart. Ferner gilt das Verhältniswahlverfahren für die Wahlkreise Niederbarnim, Teltow, Königszütze, Hinderburg, Niel, Reddinghausen, Bochum, Dortmund, Nürnberg, Chemnitz, Mannheim und Bremen. Berlin wählt 10, Teltow 7, Hamburg 5, Bochum und Leipzig je 4, Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, München und Dresden je 3 Abgeordnete, die übrigen genannten je 2.

Die Wahlvorschlüge müssen mindestens von 25 im Wahlkreise zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen höchstens 2 Ranten mehr enthalten als Abgeordnete im Wahlkreise zu wählen sind. Eine sehr wichtige Bestimmung geht dahin, daß mehrere Wahlvorschlüge miteinander verbunden werden können. Verbundene Wahlvorschlüge dürfen nur gemeinschaftlich angenommen werden. Sie gelten den anderen Wahlvorschlügen gegenüber als ein Wahlvorschlüge. Die Abgeordnetenliste werden auf die Wahlvorschlüge nach dem Verhältnis der ermittelten Stimmen verteilt. Hierzu werden die Stimmengängen nacheinander durch 1

2, 3, 4 usw. geteilt und von den dabei sich ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgeteilt, wie Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlüge erhält soviel Abgeordnetenstimme, wie auf ihn Höchstzahlen entfallen. Verbundene Wahlvorschlüge werden mit der Gesamtzahl der ermittelten Stimmen als ein Wahlvorschlüge in Rechnung gestellt. Die ihnen zukommenden Sitze werden auf die einzelnen Wahlvorschlüge verteilt, wie eben beschrieben.

Groß-Berlin wird also nach diesem Wahlsystem statt bisher 8 im ganzen 20 Abgeordnete in drei verschiedenen Proporzkreisen zu wählen haben. Wichtig ist die Einführung der sogenannten „verbundenen Wahlvorschlüge“, sie ermöglicht es, daß Restbeträge zweier Parteien zusammenzurechnen werden. Der Abschluß von Wahlbündnissen verliert für die Großstädte damit stark an Bedeutung, kann aber doch auch über die Besetzung einzelner Mandate entscheiden. Man kann den Grundged der Verhältnismacht für die Großstädte akzeptieren in der Ueberzeugung, daß der Proporz, wenn er sich erst einmal hier bewährt hat, seinen Siegeszug über das ganze Reich antreten wird.

Ein gutes Zeichen

Bei der Reichstags-Erfahrungwahl im Landkreis Koblenz-St. Goar erhielt Pfarrer Greber 5287 Stimmen und Generalleutnant Freiherr von Steinaecker, der offizielle Zentrumskandidat, 4609 Stimmen. Greber ist somit gewählt mit einer Mehrheit von 678 Stimmen. — Zentrum stimmt gegen Zentrum und der wilde Zentrumsmann siegt.

Die „Volkszeitung“ meint: Der Wahlausgang ist eine empfindliche Abjage an die alldeutsch gefärbte Kriegszielpolitik die teilweise im rheinischen Zentrum Boden gefaßt hat. Die Anhänger des Verständigungsfriedens haben auf Anhieb den offiziellen Zentrumskandidaten zu Fall gebracht.

Werden die Annexionspolitiker aus diesem Vorgang die richtige Lehre ziehen?

§ 1

für das Statut der „Vaterlandspartei“

Im Kirchheimer „Leiboten“ schreibt ein Einsender unter dem Titel „Warum ich der Vaterlandspartei nicht beitrete“ folgendes:

Die Vaterlandspartei erhebt Forderungen, zu deren Verwirklichung sie selbst nichts tun will.

Wenn ich der Vaterlandspartei beitrete, so habe ich zunächst 1 Mark Beitrag zu zahlen, was eben nicht viel ist; sodann muß ich mich an Sonntagen in Gemeinschaft mit anderen bei Wein, Gesang und Reden einer gehobenen Stimmung hingeben. Sollen das Opfer sein? Ich müßte mich vor mir selber schämen, bei so geringen eigenen Leistungen von anderen das Lebensopfer für meine Ansicht zu verlangen. Für Ansichten, deren Lösung so schwer ist, daß sie selbst einem Mann wie Bismarck Kopfzerbrechen und schlaflose Nächte verursachte.

§ 1 der Vaterlandspartei, und sie braucht nur diesen einen Paragraphen, müßte lauten: „Beitritt zu unserer Partei verpflichtet die Mitglieder zur aktiven Teilnahme in der Feuerzone.“

Damit wären die Feldgrauen, die doch auch ein Wort über unsere Kriegsziele mitzureden haben, sicherlich einverstanden. Vaterlandsparteien gibt es in allen Ländern, in England, Rußland und Frankreich so gut wie bei uns. Wenn diese aufgehört haben zu existieren, dann kommt der Friede.

Der Zimmermannsohn von Nazareth sagte von den Pharisäern seiner Zeit: „Sie binden aber schwere und unerträgliche Bürden und legen sie den Menschen auf den Hals; aber sie wollen dieselben nicht mit einem Finger regen.“ Triff: dieses Wort nicht auch auf die Vaterlandspartei zu?

Gäbe das eine Massenflucht aus der „Vaterlandspartei“, wenn der vom Einsender vorgeschlagene § 1 der Satzung Tatsache würde!

Wie wäre es also mit dem § 1?

Weltkrieg und Sozialdemokratie

Unserem Münchener Parteiblatt schreibt ein bayerischer Jurist:

„Zumeist wird man in seine Partei hineingeboren. Meine Wiege stand an der Grenze der demokratisch-freimüthigen Partei. Dann kam der Weltkrieg. Die deutschen Sozialdemokraten waren keine „vaterlandsparteiliche Gesellen“ und nahmen die Flinte auf den Rücken zur Verteidigung des Vaterlandes gegen den Ueberfall feindlicher Horden und zur Rettung des heimischen Herdes vor Kossaken und Zarismus. Ludwig Frank fiel als rechter Hühnermann. Man fragte sich: wird Preußen jetzt das allgemeine, gleiche Wahlrecht einführen? Dann erfolgte die Marne-Schlacht und der Krieg kam ganz anders, als sich die Häsel und Tirpitz fünfzig Jahre lang ausgerechnet hatten. Die deutsche Sozialdemokratie tat wieder ihre Schuldigkeit mit Gut und Blut und so fiel das Wort von den „samosen Kerlen“. Der Krieg dauerte fort. Menschen sind Menschen. Die „Unabhängigen“ verloren die Geduld und spitzten sich ab. Die Reichsschulden schwollen an wie die Wogen der Sturmflut. Die Kapitalistenklasse begann angesichts der drohenden Steuer-lasten für ihren Besitz zu zittern. Das hätte ihnen freilich ge-

paar, in dem die von dem „wonnigen“ Krieg hunderttausende oder Millionen zu verdienen und dann sich von den Steuern zu drücken! Das Schicksal hat den Herren nicht den Gefallen erwiesen und der Kapitalismus ist durch seine eigene Bier und Schuld ins Wanken gekommen wie noch nie. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich von Grund aus verschoben. Die Politik beruht in erster Linie auf dem Wirtschaftsleben. Wende! Ich dieses, so wird der vernünftig denkende Mensch auch seine politischen Ansichten ändern. Das ist keine Urtreue gegen die frühere Partei, so lang diese selbst nicht ihre Grundzüge umformt. Das kann aber eine politische Partei ihrem Wesen nach nicht tun, weil sie damit sich selbst aufgibt. Die Begriffe des Liberalismus von der Freiheit des Wirtschaftslebens passen auf die gegenwärtige und eine lange Uebergangszeit wie die Faust aufs Auge. Daher die neuerliche Loslösung von Hunderttausenden früherer Anhänger nichtsozialdemokratischer Parteien von ihrer alten politischen Fahne und die zum mindesten gefühlsmäßige Schwentung zum sozialistischen Banner! Die deutsche sozialdemokratische Partei ist keine reine Arbeiterpartei mehr. Die durch den Krieg erfolgte rapide Proletarisierung weicher Volksschichten sowie viele geistige Ursachen haben der Sozialdemokratie ungezählte neue Anhänger zugeführt, die sich mit der klassischen Rede Scheidemanns auf dem Würzburger Parteitag sozialistisch erklären. Diese haben aber auch die politische Pflicht, offen zur sozialdemokratischen Partei und deren Organisation sich zu bekennen und keine Gelder mehr in andere Parteikassen zu zahlen. Millionen von Menschen im Felde und in der Heimat erhoffen von der deutschen und internationalen Sozialdemokratie die endgültige Rettung aus diesem unglücklichen Elend. Wollen wir alle ihr dabei helfen!“

Raffet die Kindlein zu mir kommen — aber nicht von Streifenben

Frau Rittergutsbesitzer von Oppen geb. von Arnim, auf Haus Tornow (Kr. Lebus) sendet dem „Vorwärts“ folgenden Brief:

An die Redaktion des „Vorwärts“.

Es gelangt der Aufruf in meine Hände vom Landrat, betreffs der Aufnahme der städtischen und Industriebevölkerung aufs Land.

Ich habe voriges Jahr eine Kolonie eingerichtet. Eine größere Schar Berliner Kinder haben sich satt gegessen, ich habe ihnen Liebe geschenkt und nun — soll ich dies Jahr wieder Kinder von Deuten nehmen, die vielleicht zu den Vaterlandsverrätern gehören, die dafür sorgen und ihr Möglichstes dazu tun, daß unsere Männer und Söhne an der Front durch das sinnlose, feige Verlagen ihrer Brüder heimlich hingeropfert werden?

Meinen Sie, daß unsere Menschenliebe so weit ginge? Ich käme mir selbst als Verräter vor.

Ich fürchte, es wird dies Jahr schlecht stehen um die Freudigkeit der Landleute, Ihre Kinder aufzunehmen! Wer hat die Schuld daran? —

Ergebenst

M. S. v. Oppen.

Da Frau von Oppen offenbar glaubt, daß ihre Person durch die Veröffentlichung dieses Schreibens gewinnt, so kommen wie ihrem Wunsche nach, das Urteil unsern Lesern überlassend.

Die Inzeratenbomben der „Vaterlandspartei“

Wer bezahlt die Presse, munition?

Der Professor der Geschichte an der Universität Leipzig und Nachfolger Karl Lamprechts, Geheimrat Dr. Walter Boeh, wendet sich in einem Leitartikel des nationalliberalen „Leipziger Tageblatts“ an „Die Besonnenen in Deutschland“. Er geht davon aus, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg war und es bleiben soll. Professor Boeh wendet sich dann gegen die „Vaterlands“-Partei mit folgenden Ausführungen:

„Wie konnte man eine „Partei“ gründen, wo es sich um Sammlung aus allen Parteien handeln sollte, wie konnte man ihr den Namen „Vaterlandspartei“ geben, wo man — im engeren Kreise — von Anfang an wußte, wie es gemeint sei? Wie konnte man es fertig bringen, die Herren Kapp und von Tirpitz an die Spitze einer Vereinigung zu stellen, die sammelnd wirken soll? Einen Verdacht vor allem hätte die Vaterlandspartei vermeiden müssen; daß sie etwa nur ein Organ schwerindustrieller und preussisch-konjunktiver Interessen sei. Gewiß glauben alle die autoritären Idealisten im Lande nicht an diese Möglichkeit. Aber politische Realität ist in den Kreisen unserer schweren Industrie so wenig zu Hause, wie in denen der preussischen Junker — hier weiß man warum man in diesem Augenblick unbedenklich Millionen opfert. Das ist es, was stuhlg macht: wer je in Politik und Vernehmungen tätig war, weiß, wie schwer die Mittel selbst für die besten Zwecke flüssig zu machen sind. Hier aber fließen Millionen — allein der Inzeratenbeitrag der Vaterlandspartei — ganz abgesehen von ihrer massenhaft verbreiteten Drucksachen, Koffer, wie eine Stichprobe zeigte, Millionen. Aber es handelt sich leider noch um mehr: diese Inzerate kommen zum Teil offen aus den Bureaus der Schwerindustrie, und sie werden zu Preisen angeboten, die alles ortsübliche weit übersteigen, sie werden nicht nur der Tagespresse, nicht nur den dankbaren Kreisblättern, sondern selbst den kleinsten Fachzeitschriften der Berufsverbände zu Ueberpreisen angeboten. Große Zeitungen werden aufzukaufen und stellen sich dann in den Dienst der „Vaterlandspartei“ und der alldeutschen Gedanken. Bei anderer Zeitungen wird der Versuch des Ankaufs zu den erstaunlichsten Preisen gemacht.“

Ewige Feindschaft und endlosen Krieg

will die Vaterlandspartei —

Verständigung und baldigen Frieden

erstreben wir, die Sozialdemokraten!

Wer sich darin mit uns einig weiß, der unterliehe die Partei in ihrem Kampf um die baldige Beendigung des Völkermordens und werde Mitglied der Dr. anifation! Zu diesem Zwecke sende man nachstehenden Schein ausgefüllt an den Parteisekretär Julius Gehl, Danzig, IV. Damm Nr. 7.

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Name:

Beruf:

Genaue Adresse:

Professor Goeß vermutet hinter allen diesen Vorgängen einen bestimmten Zusammenhang und wirft die Frage auf, ob hier nicht, unter einer dem Deckmantel der „Vaterlandspartei“, auf eine Art Notruppen der Presse und des öffentlichen Lebens hingearbeitet werde. Sollen die Weibchen in Deutschland wirklich „Hühner“? Je fragt Goeß weiter: „Schlichtmacher einer Bewegung, die sich als Drahtzieher preussische Konterrevue, als Gefolge der schillernden Schwabacherkämpfe tütig sind?“

Rußland

Polnische Niederlage gegen die Bolschewiki
 WTB. Stockholm, 17. Februar. Die P. L. A. meldet aus Warschau vom 17. Februar: Gestern fand ein erbitterter Kampf zwischen Streitkräften der Sowjets und gegenrevolutionären polnischen Legionen statt, die 2000 Mann mit Artillerie zählten. Nach blutigem Kampfe errangen die Streitkräfte der Sowjets einen vollständigen Sieg. Eine Abteilung von 600 Mann wurde aufgerieben, zwei Geschütze wurden unbrauchbar gemacht. Die polnische Kavallerie zog sich zurück. Die örtliche Bevölkerung begrüßte unsere Truppen, unterführte sie und überreichte ihnen Lebensmittel. Die polnischen Truppen sind in voller Auflösung.

Moderne Zeitrechnung

WTB. Petersburg, 16. Februar. Ein Erlass der Volkskommission führt für das Gebiet der russischen Republik den Gregorianischen Kalender ein. Die neue Zeitrechnung beginnt mit dem 1. Februar a. St., der als 14. Februar gezählt wird.

Mit diesem Erlass ist ein kräftiger Schritt in den europäischen Kulturkreis hinein getan. Bisher galt in Rußland der alte julianische Kalender mit seinen 13 Tagen Zeitunterschied.

Kriegswirtschaft

Vierzig Fischgesellschaften und keine Fische!

Im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht der Reichskommissar für die Fischverforgung, Herr v. Hülse, eine umfangreiche Bekanntmachung über die Festlegung von Quoten für die Fischerei. Wir wollen unseren Lesern nicht durch die Aufzählung aller der Fische, wie Zander, Aal, Karpfen, Barsch, Heilbutt und so fort den Mund wässrig machen, ihnen auch nicht die relativ billigen Preise verraten, denn die Nachfrage würde zu groß sein. Aber Herrn v. Hülse möchten wir bitten, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wo diese Fische nicht nur für die Kleinfische, sondern auch für das Publikum zu haben sind. Mit der Aufzählung von — sage und schreibe — vierzig Fischgesellschaften, die alle den „Verkehr mit Fischen“ vermitteln sollen, ist es leider nicht getan. Denn bisher ist das Ergebnis der vierzigfachen Anfrangung nur gewesen, daß die Waren vom Markt verschwanden, statt auf den Markt zu kommen.

In einer weiteren amtlichen Notiz, die euphemistisch „Zum Allgemeinwohl“ überschrieben ist, wird mitgeteilt, daß auch das Kriegs-ernährungsamt sich im Einvernehmen mit der Reichssteuer für Gemüse und Obst entschlossen habe, einem dringenden Bedürfnis abzuwehren, und eine neue Kriegsgesellschaft zu begründen. Sie nennt sich „Wildfrucht“ und ist eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung mit dem Auftrage, sämtliche wildwachsenden Pflanzen, Kräuter, Früchte, Beeren, Wälder, Sämereien und sonstige dem freien Zugriff unterliegenden Naturerzeugnisse zu sammeln und zu verwerten.

Wir befürchten, so meint dazu das „Berliner Tageblatt“, daß bald keine Klubfische mehr für die vielen neuen Kriegsgesellschaften zu haben sein werden. Was dann?

Eine Millionen-Untererschlagung

Bürgerliche Zeitungen bringen die nachstehende Depesche aus Düsseldorf vom 21. Januar:

„Begen Unterschlagung von mehr als einer Million Mark wurden der Direktor und drei weitere Beamte der hiesigen Filiale der Großhandlungsgesellschaft Deutschland, Konsumverein in Hamburg, verhaftet.“

Diese Nachricht ist irreführend, es handelt sich zwar um die von der Großhandlungsgesellschaft Deutschland Konsumverein erbaute und im letzten Kriegsjahr fertiggestellte Seifenfabrik in Düsseldorf. Auf Grund einer Bundesratsverfügung konnte diese Fabrik für die Großhandlungsgesellschaft Deutschland Konsumverein jedoch nicht in Betrieb gesetzt werden. Das war um so weniger möglich, als der Reichsausschuß für Fett und Öle diese Fabrik zu ganz bestimmten, von anderen Seifenfabriken nicht durchführbaren Uebellen mit Beschränkung der Seifenproduktion festlegte. Die Seifenfabrik, die weder für die Großhandlungsgesellschaft noch für die Konsumvereine gearbeitet hat, wurde vom Reichsausschuß ein Herr Köhler eingeleitet, der gar keine Verbindung mit der Genossenschaftsbewegung gehabt hat. Dieser Herr Köhler hat dem Reichsausschuß für Fett und Öle mehr als eine Million Mark unterschlagen und ihn auch sonst in mannigfacher Hinsicht gekränkt. Er hat, um seine unerhörten Betrügereien durchzuführen, einige Angestellte, die jetzt auch verhaftet worden sind, mit uns Unglück gerissen.

So bedauerlich dieser Fall ist, so ist doch die deutsche Genossenschaftsbewegung und die Großhandlungsgesellschaft Deutschland Konsumverein durch diese Betrügereien weder finanziell noch moralisch geschädigt. Sie trägt auch nicht die Verantwortung etwa unterlassener Kontrollen, weil dies nicht ihre Aufgabe war, sondern die des Reichsausschusses für Fett und Öle, der diese Fabrik gepachtet und dem Leiter des Unternehmens eingeweiht und nicht beaufsichtigt hat.

Riesenertragsgewinne

Im ersten Semester des laufenden Geschäftsjahres erzielte nach der „National-Zeitung“ die Bismarckhütte A. G. einen Betriebsüberschuss in Höhe von 45 Millionen Mark einschließlich des 8 Millionen Mark betragenden Ueberschusses der Westfälischen Stahlwerke. Die Gewinnaussichten für das zweite Halbjahr sind zum mindesten nicht weniger günstig. Das Aktienkapital beträgt 22 Millionen Mark!

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
 Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig.
 Druck Königsberger Volkszeitung, B. m. b. H. Königsberg i. Pr.

Haushaltwaren zu sehr billigen Preisen!

Glaswaren		Porzellan		Steingut	
Salznäpfe	8,50	Kindertassen bunt, 75 Stk	40,50	Bols dekoriert	50 40 30,50
Glasteller verschied. Muster	25,50	Tassen bunt, mit Untertasse	85,50	Butterdosen mit Teller	95,50
Glasschalen oval, 1,35 90	60,50	Teller weiss, tief und flach	95,50	Marmelad.-Dosen bunt	1,35 1,75
Kuchenteller	35,50	Teller mit Goldrand	1,50	Schüsseln weiss	1,35 1,10
Butterdosen viereckig	95,50	Teller bunt	1,85	Satz-Schüsseln 6teilig	4,75
Obstschalen auf Fuss	2,25	Kaffeesevice Steilg	9,50	Waschservice 4teilig	8,25
Holz- u. Bürstenwaren		Emaille		Wirtschaftsartikel	
Kleiderbürsten	85,50	Tassen mit Untertasse, Paar	45,50	Teelöffel	25,50
Scheuerbürsten	95,50	Kummen weiss	70,50	Esslöffel	28,50
Schrubber	2,25	Kasserollen mit Stiel	1,50	Küchenlöffel verzinkt	45,50
Tücherleisten	95,50	Menagen 3teilig, weiss	2,85	Küchenmesser	30,50
Löffelbretter	1,50	Kaffeekannen weiss	2,80	Scheren Stahl, poliert	95,50
Besteckkasten	2,25	Waschkessel Zink	15,75	Feldpostbüchsen 1Pfd. Tab.	45,50
Korbwaren aller Art in grosser Auswahl		Küchenlampen 5,00 4,25	2,75	Taschenlampen komplett	2,75
		Glühstrümpfe 60 55	50,50	Batterien zu Taschenlampen	1,60

FREYMANN

Moderne Leihbibliothek 2. Stock

Freie dramatische Vereinigung Danzig
 Sonnabend den 2. März, abends 7 Uhr
 im Locale des Herrn Mathesius (Ostbahn) Dora
Grosser heiterer Theater-Abend
 Zur Aufführung gelangen neben zwei wirkungsvollen Schwänzen auch die ultimaten Fantominnen
„Des Malers Rache“
 und **„Der Affe als Heiratsvermittler“**
 Programm, die zum Eintritt berechtigten sind im Vorverkauf à 60 Pfg. zu haben in der Buchhandlung Volkswacht, Sigartendruckerei Sella, Schuppenstrasse 56 und bei den Genossen Watz, Acomat u. Schwabe in Dora. In der Abendkasse 75 Pfg. Kinderkarten nur an der Abendkasse à 30 Pfg. zu haben. 42

Echt gefächelt garantiert rein **Schnupftabak** offeriert
Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik
 Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2, Preislergasse 5, Fernspr. 2428

Wochenplan des Danziger Stadttheaters

Montag, 25. Februar, abends 7 Uhr:	„Das Dreimäderlhaus“.
Dienstag, 26. Februar, abends 6 Uhr:	„Siegfried“.
Mittwoch, 27. Februar, nachm. 3 Uhr:	„Schneeewittchen“.
Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind unter 10 Jahren frei einzuführen. Abds. 7 Uhr: „Literatur“, hierauf „Theater“ von H. Schnitzler.	
Donnerstag, 28. Februar, abends 7 Uhr:	„Die verkaufte Braut“.
Freitag, 1. März, abends 7 Uhr:	„Die toten Augen“.
Sonnabend, 2. März:	„Ritua von Barnhelm“.
Sonntag, 3. März, nachm. 3 Uhr:	„Die Förstergattin“, abends 7 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“.

Raucher! Achtung!
 Wollen Sie echten Tabak rauchen? Wollen Sie wohlfeil rauchen?
Dann pflanzen Sie sich Ihren Tabak selbst!
 Tabakpflanzen zur Erzeugung von circa 20 kg Tabak nebst Kulturanleitung und Behandlung des Tabaks gegen Einwirkung von Käfer 1,50, der Nachschub 1,85. Mit Juni geht auch Pflanzen ab, 50 St. 7,50, 100 St. 12,00. Joh. Kniezel, Galen St. 2. 105.
Notizbücher Kartenbriefe, Feldpostkarten, Briefpapier empfiehlt die Buchhandlung Volkswacht.

Nur für Wiederverkäufer! Täglich grosse Nachfrage!

Vorzügliches Handwaschmittel „Ivo“

Ohne Seifenkerne Preis 6.50 Mk. p. Kiste (Inhalt 100 Stück)

Ferner Waschmittel für feine Wäsche und Weissachen in weissen Riegeln à 34 Pf. Riegel ca. 1 Pfund schwer.

Engros- und Einzelhandel
Julius Goldstein
 Danzig
 Junkergasse 4 • Fernruf 551

Abgabe von Lebensmitteln.

- Es werden verabfolgt:
- Von Montag, den 25. Febr. bis Sonnabend, den 2. März:
 Auf die Marke 9 der Kartoffelkarte 4 Pfund und auf die Marke 10 der Kartoffelkarte 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
 - Von Dienstag, d. 26. Febr. bis Sonnabend, d. 2. März:
 a) Auf die Marke 32 der Lebensmittelkarte für Erwachsene 250 Gramm gedörrte Wurzeln zum Preise von 1,50 M. für das Pfd., erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung zur Kundenliste erfolgt ist.
 Zum Bezuge der gleichen Menge gedörrte Wurzeln berechtigt die Marke 33 der in den Nachbargemeinden Wrentau, Emaus, Dora, Bürgenwien, Groß-Baldorf, Klein-Baldorf, Groß-Plehnendorf und Klein-Plehnendorf ausgegebenen Lebensmittelkarten für Erwachsene.
 b) Auf die Marke 53 und K 53 der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder je 125 Gramm Sago zum Preise von 1,20 M. für das Pfund, erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mühlenenergieerzeugnissen erfolgt ist.
 Auch auf die Marken 34 und K 34 der in den obigen Nachbargemeinden ausgegebenen Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder werden je 125 Gramm Sago in den dortigen Geschäften verausgabt werden.
 c) Auf die Marke 54 der Lebensmittelkarte für Erwachsene und auf die Marke 35 der für die Landgemeinden ausgegebenen Lebensmittelkarten für Erwachsene 1 Päckchen Deutscher Tee zu dem darauf aufgedruckten Preise, erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Kundenanmeldung erfolgt ist.
 d) Auf die Marke 11 der Lebensmittelzusatzkarte für Leute über 60 Jahre 1/2 Pfund Suppenmehl.
 Zum Bezuge der gleichen Menge Suppenmehl in den obigen Nachbargemeinden berechtigt die Marke 10 der dafelbst für Leute über 60 Jahre ausgegebenen Lebensmittelzusatzkarte.
 Das Suppenmehl ist in den Kolonialwarengeschäften erhältlich, bei denen die Anmeldung zum Bezuge von Mühlenenergieerzeugnissen erfolgt ist.
 Die von den Händlern vereinnahmten Marken sind den zuständigen Berechtigten unverzüglich einzureichen.
 Danzig, den 20. Februar 1918. 44

Der Magistrat.

Eibing

Lebensmittelverteilungsplan der Stadt Eibing

für die Woche vom 25. Februar bis 3. März 1918

Montag: 7 Pfd. Kartoffeln (Kartoffelkarte für die Woche vom 26. Februar bis 4. März 1918).

Mittwoch: 1/2 Pfd. Zwieback (Kinderzusatzkarte).

Donnerstag: 100 Gramm Graupe (Lebensmittelkarte).

Freitag: 1/2 Marmelade (Lebensmittelkarte) (vorbehaftlich rechtzeitigen Eintreffens).

Sonnabend: 1/2 Pfd. Rubeln (Zusatzkarte für Schwer- und Schwerstarbeiter).

Der freie Verkauf von Nahrungsmitteln, Obst, Gemüse, Knochenbrühwürfeln, deutschen und ausländischem Fleisch-Extrakt, sowie Preiselbeeren findet weiter statt, soweit Vorrat reicht.

Der Kaffee-Ertrag 1/2 Pfd. Kaffeeschrot, Zichorie, gebranntes Gerste) der am Sonnabend, den 23. zur Ausgabe an das Publikum gelangen sollte, kann erst Montag, den 25. zum Verkauf gelangen.

Eibing, den 16. Februar 1918.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Trauer-
 Hüte in reicher Ausstattung
 Blagen Handschuhe zu billigsten Preisen
Goldstein
 Leopoldstrasse 4, gegenüber der Markthalle